

Inhalt

	Seite
Vorwort – <i>Walter Rossow</i>	4
Den Schulleiterverband stärken – <i>K.-I. Marquardt</i>	5
Schulleiter – Kongress 2003 – <i>W. Rossow</i>	5
Thesen zum Thema „Kommunalisierung der Schulen?“ – <i>Dr. H. Borchert</i>	9
Was erwartet die Wirtschaft ...? IHK NRW – Berichtigung zur Ausgabe 46	13
Pressespiegel	16, 20, 31
Einführung der Verlässlichen Grundschule – <i>M. Böddener</i>	17
Informationen aus der Geschäftsstelle – <i>K.-I. Marquardt</i>	21
Ein Schulprogramm für das Ministerium – <i>K.-I. Marquardt</i>	22
Arbeitskreis Stellvertreter – <i>K.-I. Marquardt</i>	23
Oh diese Statistiken – <i>U. Niekel</i>	24
Fortbildung im s/vsh – <i>U. Niekel</i>	24
Verbandsinterne Fortbildung	26
Fortbildungsangebote des s/vsh – Interessenabfrage	30
Fortbildung IHK in Zusammenarbeit mit dem s/vsh	32
Die Aufgabenverteilung im s/vsh	33
Werbung des s/vsh mit Beitrittsformular	34, 35
Zur Binnenstruktur des finnischen Schulwesens – <i>Thelma von Freymann</i>	36
<i>Die letzte ...? – Das Letzte! – E. Klahre</i>	44

Wir möchten alle Kolleginnen und Kollegen bitten, bei

- Namens-, Schul- oder Privatadressenänderungen,
- Eintritt in den Ruhestand oder
- Kontoänderungen

auch an den s/vsh zu denken und diese entweder der

- ◇ **AWU, Kleine Bahnstraße 6, 22525 Hamburg oder**
- ◇ **unserer Geschäftsstelle, Klaus-Ingo Marquardt, Schulstr. 6, 24582 Wattenbek**

umgehend mitzuteilen. So gewährleisten Sie sich den Erhalt der neuesten Informationen und ersparen uns unnötige Kosten und Arbeit! ☺!☺!☺

Vorwort

Walter Rossow

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
als wir vor nicht ganz zwei Jahren unser zehnjähriges Bestehen im Kieler Schloss feierten, beendete Michael Doppke seine damalige Rede mit einem – wie er meinte kleinen und doch leicht zu erfüllenden – (Geburtstags-) Wunsch an die Kultusministerin unseres Landes: „Ich wünsche mir seit Jahren, obwohl ich wirklich engagiert dabei bin, einmal **ein Jahr in Ruhe arbeiten zu können** in der Schule!“ An dieser Stelle bekam Michael Doppke – wen wundert es – lang anhaltenden Applaus!

Mit ihrer Antwort ließ Frau Erdsiek-Rave die Anwesenden nicht darüber im Unklaren, dass sie diesen Geburtstagswunsch nicht werde erfüllen können, aber ... „wir werden in der Tat uns überlegen, ob das eine oder andere an kleinen Veränderungen **nicht** auch einmal **unterbleiben kann!**“

Doch auch dieser Vorsatz hielt nicht lange – PISA sei Dank! Auf den 4. Dezember 2001, der uns den scheinbaren Offenbarungseid deutscher Bildungspolitik bescherte, reagierte man landauf landab mit hektischem Aktionismus. Dabei machte auch Schleswig-Holstein keine Ausnahme – natürlich immer mit der Aussage, dass die **Qualität** von Schule im Mittelpunkt aller Anstrengungen stehe!

So war es dann auch zu Beginn dieses Schuljahres, als die schleswig-holsteinischen Schulen mit einem Brief der Kultusministerin auf die neueste Aktion „Jede Stunde zählt“ eingestimmt wurden. Und ich will kann der Ministerin ausdrücklich Recht geben: Es ist schon eine außerordentliche Leistung, wenn das Land 12,1 Mill. Euro zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall zur Verfügung stellt – dieses will ich hier ebenso anerkennen wie auch im Gespräch bei der Ministerin am 10. September! War es doch auch immer wieder eine Forderung des s/vsh, Schulen durch die Bereitstellung von Geld jederzeit Vertretung bei kurzfristigen Erkrankungen zu ermöglichen.

Allerdings will ich auch genauso deutlich betonen, dass der Stil des Briefes sicherlich **nicht** dafür geeignet war, weder bei Schulleitungen, aber erst recht nicht in den Kollegien für eine auch nur *irgendwie geartete* Motivation zu sorgen! In vielen Kollegien hat er im ersten Augenblick eine genau gegenteilige Reaktion hervorgerufen. Scheinbar hat man beim Schreiben des Briefes völlig vergessen, dass

der Unterrichtsausfall noch viel höher gewesen wäre, wenn nicht schon bis jetzt viele Kolleginnen und Kollegen (vor allem auch Schulleitungsmitglieder!) bereit gewesen wären, zwei Klassen gleichzeitig oder parallel zu unterrichten usw. Ich verzichte bewusst auf eine weitere Aufzählung, weil diese für jeden, der den Betrieb Schule von innen kennt, Eulen nach Athen tragen wäre!

Der Einwand der Ministerin, dass sich ja nur einige Schulen durch die – unterschwellig geäußerte – Kritik angesprochen fühlen sollten, lässt mich schon darüber nachdenken, ob ich es einer Referendarin nicht zukünftig als Fehler ankreiden sollte, wenn sie nur die Schüler ermahnt, die den Unterricht stören, und nicht die ganze Klasse!

Sicherlich ist es auch nur sehr schwer zu vermitteln, dass SCHILF-Veranstaltungen, die vor Jahren ausdrücklich zur Steigerung der Qualität von Schule eingeführt wurden, nun plötzlich diesen Zweck nicht mehr erfüllen sollen. Geht es hier wirklich um Qualität? Oder geht es nicht vielmehr um Quantität! Ist es nicht mehr als gefährlich, wenn von einer Unterrichtsgarantie für Grundschulen gesprochen wird? Werden hier nicht – wie bei der übereilten und nur äußerst schlecht vorbereiteten Einführung der Verlässlichen Halbtags-Grundschule – Hoffnungen geweckt, die man auch in diesem Fall nicht wird erfüllen können?

Für den s/vsh wird auch weiterhin die Qualität von Unterricht im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen. Damit dieses überall gelingt muss jedes Schulleitungsmitglied über ausreichend Leitungszeit verfügen. Wir werden also sehr genau beobachten, wie die neue Ausbildungsordnung die außer Frage stehende Mehrarbeit für Schulleitung regelt.

Es geht also spannend weiter! Genauso spannend wie unser nächster Kongress zu werden verspricht! Deshalb: Kommen Sie am 30. Oktober 2003 nach Rendsburg. Der Kongress wird wie immer als ganztägige Veranstaltung durchgeführt und ist entsprechend vom IQSH genehmigt worden! Ich hoffe, möglichst viele Teilnehmer in Rendsburg begrüßen zu können.

Ihr

Walter Rossow

Den Schulleiterverband stärken – Mitglieder gewinnen

Klaus-Ingo Marquardt

Um die Durchsetzungsfähigkeit des s/vsh zu erhalten und nach Möglichkeit noch zu stärken, ist es nötig, dass jedes Mitglied darum bemüht sein muss, neue Mitglieder zu werben. Eine gute Möglichkeit bietet sich auf den Schulleiterdienstversammlungen. Bitten Sie Ihre Schulrätin oder Ihren Schulrat darum, den Kolleginnen und Kollegen unseren Verband vorstellen zu dürfen. Sollten sich Kolleginnen und Kollegen interessiert zeigen, notieren Sie bitte die Adressen und faxen Sie diese formlos an die Geschäftsstelle.

Schulleiter - Kongress 2003

am 30. Oktober 2003 in Rendsburg

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

noch einmal möchte ich Sie im Namen des Vorstandes Ihres Schulleiterverbandes bitten:

Kommen Sie zum Schulleiter-Kongress 2003 am 30. Oktober 2003 nach Rendsburg !!!

Zeigen Sie Ihre Verbundenheit mit Ihrem Verband und demonstrieren Sie diese mit Ihrer Teilnahme! Und lassen Sie sich bitte nicht durch den Brief der Ministerin davon abhalten; auch ganztägige Fortbildungsveranstaltungen sind **nicht** verboten! Auch wenn man es eigentlich nicht extra erwähnen muss: Natürlich ist es richtig und wichtig, eine sinnvolle Vertretung zu organisieren, doch wie diese aussieht, entscheiden Sie ganz allein! Außerdem haben Sie/wir das doch schon immer so gemacht!

Auch wenn Ihnen das Thema vielleicht nicht viel – oder sogar gar nichts – sagt, so bedenken Sie bitte, dass die ersten Überlegungen zu dieser Thematik von der Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein, Heide Simonis, angestellt wurden und sofort (heftigste) Dementis von Seiten der Kultusministerin erfuhren. Also ein durchaus brisantes Thema, das durch die katastrophale Finanzlage des Landes Schleswig-Holstein mit Sicherheit nicht an Brisanz verliert! Um Sie etwas besser auf die Thematik einzustimmen, drucken wir nachstehend ein Thesenpapier des Landesgeschäftsführers des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetags, Dr. jur. Hartmut Borchert, sowie noch einmal den Tagungsverlauf ab.

Sicherlich hätten sich viele lieber ein Thema gewünscht, welches sich mit der vom Ministerium mit großem Trubel verkündeten Aktion „Jede Stunde zählt“ beschäftigt hätte, doch ist ein Kongress – erst recht, wenn er wie in unserem Fall hochkarätige ausländische Referenten aufbietet – nicht von heute auf morgen zu organisieren und noch weniger zu canceln!

Also – liebe Mitglieder – auf zum Schulleiter-Kongress 2003 am 30. Oktober 2003 in Rendsburg!

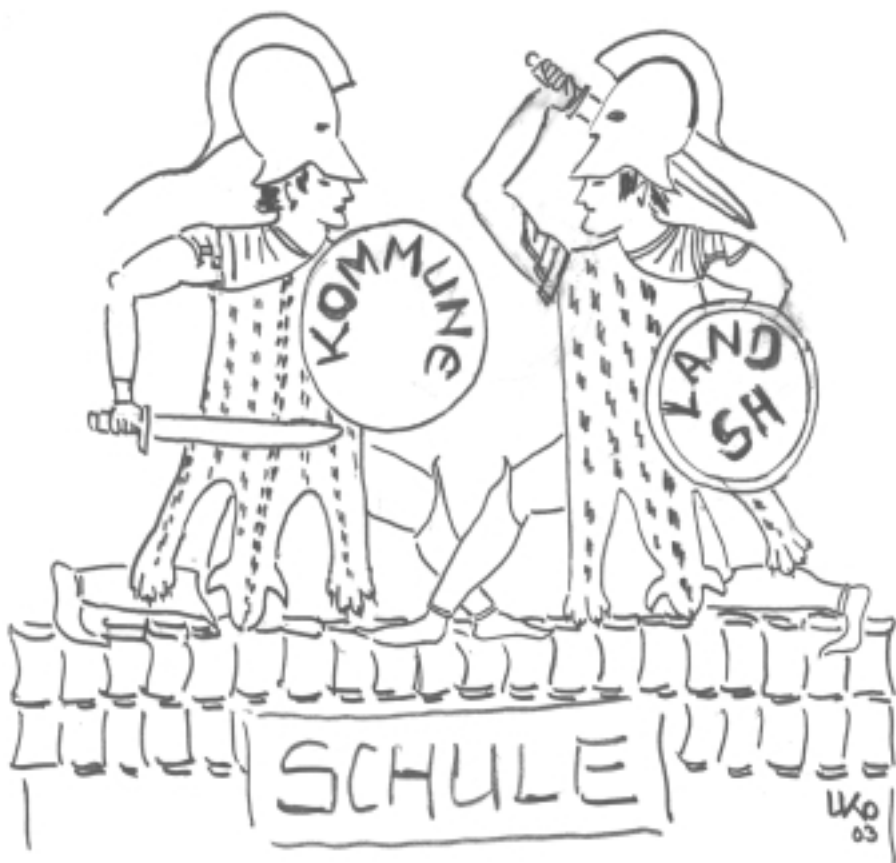
Ich zähle auf Sie und freue mich, möglichst viele von Ihnen in Rendsburg begrüßen zu können!

Ihr

Walter Rossow



Kongress 2003
30. Oktober 2003
Conventgarten
Rendsburg



**„Kommunalisierung
der Schulen?“**

Wieso dieses Thema?

Der Schleswig-Holsteinische Gemeindegtag befasst sich seit einiger Zeit mit der Fragestellung, ob durch eine echte Kommunalisierung von Schulen mehr Probleme, die die Schulen selbst und die Kommunen als Schulträger mit den Schulen haben, gelöst werden können, oder ob dadurch neue, andere größere Probleme entstehen können. Allein die Frage zu stellen bedeutet für Manche, ein Reizthema aufzugreifen und einen Tabubereich staatlicher Kulturpolitik in Frage zu stellen. Auf der kommunalen Seite selbst ist die Begeisterung dafür, Dienstherr der Lehrer und Finanzierer der Lehrerbeförderung und -versorgung zu werden, naturgemäß begrenzt.

Trotzdem gibt es mehr und mehr Reibungspunkte und Fragestellungen, die die bisherige Trennung im Schulbereich zwischen dem kommunalen Schulträger als dem Verantwortlichen für die Sachausstattung der Schulen und dem Land als Verantwortlichen für die Lehrerschaft und die pädagogische Ausrichtung fragwürdig erscheinen lassen. Die einmal strikte Trennung mag ihren Sinn gehabt haben. Die heutige Fragestellung geht aber dahin, ob nicht im Interesse der Schule und damit der pädagogischen Aufgabe eine stärkere Verzahnung oder sogar Verbindung mit der Kommune notwendig ist. Die Kommunen sind für Sachausstattung und Personal der Kindergärten zuständig. Die Kommunen tragen die Verantwortung für die Jugendhilfe. Auch hier gibt es mehr und mehr Berührungspunkte, bei denen die strikte Trennung durch das jetzige dualistische System nicht förderlich ist.

Die Kommunen kennen in der Form gemeindlicher Einrichtungen wie Eigenbetriebe oder Anstalten Organisationsformen, die auf der einen Seite eine relativ hohe Unabhängigkeit in den

fachbezogenen Tätigkeiten ermöglichen und die gleichzeitig auch eine umfangreiche abschließende Eigenverantwortung in finanziellen Angelegenheiten haben. Dies wird auch den Bestrebungen, mehr Autonomie für die Schulen zu schaffen, entgegen kommen können. Auf der anderen Seite wird erreicht, dass eine Gesamtverantwortung im kommunalen Bereich festgemacht werden kann. Dabei gilt es, vielfältige Fragen, Befürchtungen und Besorgnisse zu berücksichtigen und auszuräumen. Daher ist es nötig, dass dieses Thema insbesondere mit den Verantwortlichen an den Schulen intensiv diskutiert wird.

Dr. H. Borchert

Tagungsverlauf

Zeit	Aktivitäten	Zeit	Aktivitäten
ab 9.30 Uhr	 Eintreffen der Gäste (Kaffeebar)	13.30 – 15.00 Uhr	Gruppenarbeit 2 identisch mit Gruppenarbeit 1 aber Wechsel des Landes
10.00 Uhr	Begrüßung Herr Rickert (s/vsh)	15.00 – 15.30 Uhr	Kaffeepause 
	Eingangsreferat Herr Dr. Borchert (SHGT)	15.30 – 16.15 Uhr	Gruppenarbeit 3 in fünf Gruppen (Machbarkeitsstudie für alle fünf Bereiche)
10.30 – 12.00 Uhr	Gruppenarbeit 1 in vier Gruppen (CH/DK/FI/NL)	16.30 Uhr	Verabschiedung Michael Doppke Herr Rossow
12.00 – 13.30 Uhr	Mittagessen		

Bitte per Fax an: 04322 888922

Ich nehme am s/vsh-Kongress teil

Name Vorname

Straße PLZ/Wohnort

Schulart

- ☐ Ich habe den Betrag von 20,- €uro (Mitglieder) bzw. von 40,- €uro (Nichtmitglieder) auf das Konto Nr. 1018 8000 bei der Raiffeisenbank Bad Bramstedt (BLZ 200 691 30) unter dem Stichwort „s/vsh-Kongress 2003“ überwiesen.

Ich bin Mitglied im s/vsh ☐ Ja ☐ Nein _____
Unterschrift

Thesen zum Thema „Kommunalisierung der Schulen“

Dr. Hartmut Borchert, Landesgeschäftsführer Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag

I. Thesen zur Ausgangssituation

1. Das bisherige duale Verantwortungssystem für die Schule, das zwischen der Zuständigkeit des Schulträgers für Sachaufgaben und des Landes für Personal unterscheidet, führt keineswegs mehr zu einer optimalen Schulversorgung, sondern es erzeugt zunehmend Probleme durch ungeklärte Fragen in der Zuständigkeit.
2. Veränderungen in der Gesellschaft, die zum Teil vom Staat gewollt und gefördert werden, haben nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Schule. Neben dem weiterhin vorrangigen Bildungsauftrag der Schule nimmt die Verzahnung zu anderen sozialen Bereichen wie der Kinder- und Jugendbetreuung zu. Auch hierfür bestehen unterschiedliche Zuständigkeiten, die einen erheblichen Koordinationsaufwand erfordern. Die bisherigen Erfolge dieser Koordination sind in allen Bereichen mäßig und werden durch Zuständigkeitsfragen, die sich auf die Finanzierung auswirken, beeinträchtigt. Die Kosten des Koordinationsaufwandes sind nirgendwo dokumentiert.
3. Es gilt der Grundsatz, daß die Organisation der Aufgabe zu folgen hat. Die Organisation des Schulwesens ist atypisch. Sie führt dazu, daß eine suboptimale Aufgabenerfüllung des einen Beteiligten sich negativ auf die Aufgabenerfüllung des anderen auswirkt, während eine optimale Aufgabenerfüllung keineswegs zwangsläufig die gleiche Folge hat.
4. Die Schule steht im Schnittpunkt allgemeiner pädagogischer Anforderungen, die vom Staat definiert werden und konkreter Aufgabenerfüllung, die von der Bevölkerung vor Ort kontrolliert wird. Schule ist mit den unterschiedlichen Zuständigkeiten für die Nutzer der Einrichtung nicht transparent. Die Entwicklung der Schule als ganzheitliche Institution vor Ort ist gefährdet durch Vorgaben des Landes, insbesondere durch die Lehrerruteilung und die Anforderungen an den Schulträger. Es fehlt ein von beiden Beteiligten beeinflußbares Bindeglied, das die derzeitigen Verantwortlichkeiten an der Schule integrieren kann.
5. Die Zuständigkeit des Landes für die Lehrer hat dazu geführt, daß die Integration der Lehrer in die örtliche Gemeinschaft jetzt auch im ländlichen Raum stark abgenommen hat. In einigen Schulbereichen wohnen keine Lehrer mehr.

II. Thesen zu den Zielen einer Kommunalisierung

1. Kommunalisierung der Schule würde bedeuten, die Zusammenführung der Verantwortlichkeiten für die Personalausstattung und den Sachaufwand in einer Hand, und zwar bei den Kommunen (hierbei bleibt ausdrücklich offen, welche kommunale Ebene ausgewählt werden soll). Dies schließt nicht aus, daß die pädagogischen Standards und der pädagogische Auftrag als solcher generell weiterhin vom Staat definiert wird und den Kommunen zur Aufgabenerfüllung zugewiesen wird, wie dies in anderen Aufgabenfeldern auch der Fall ist.
2. Die Verantwortung der Kommune für die Schule könnte sie in die Lage versetzen, diese effizient mit anderen Aufgaben der Kommune z. B. im Bereich der Jugend- und Kinderbetreuung in angemessener Weise zu verknüpfen.
3. Die Verantwortung der Kommune für den Schulbereich insgesamt schafft für Eltern, Schüler und Lehrer einen Ansprechpartner und Verantwortlichen vor Ort, der sich mit den

konkreten Problemen der einzelnen Schule befassen muß und wenig Chancen hat, in allgemein unverbindliche Antworten und Verweise auf andere Verantwortliche auszuweichen.

4. Schule als kommunale Einrichtung kann zu einer Schwerpunktaufgabe der Kommune entwickelt werden und kann daher zu einer besonderen Akzentsetzung durch die Kommune geeignet sein. So könnten die Kommunen nach einer Übernahme nicht mehr an Mindestklassengrößen, an Mindeststandards und Mindestlehrerzahl gebunden sein, sondern durch die eigene Schwerpunktsetzung zusätzliche Leistungen oder zusätzliches Personal für die Schule bereitstellen.
5. Eine kommunale Personalhoheit über die Lehrer könnte die Möglichkeit für die Kommune bieten – vor allen Dingen in den ländlichen Bereichen –, die Lehrkräfte wieder stärker in das eigene kulturelle Leben der Gemeinden (Vereinsleben vor Ort, Volkshochschulen etc.) einzubinden.

III. Thesen zu Umsetzungsproblemen

1. Hauptfolge wäre, daß aus den Lehrern als Landesbeamten oder Landesbediensteten auf Dauer kommunale Beamte oder Bedienstete werden. Dies kann nur unter Beachtung des strikten Konnexitätsprinzips (Übertragung der bisherigen Finanzmittel des Landes für diesen Bereich auf die Kommunen) realisiert werden. Dies schließt auch eine Anpassung der zugewiesenen Finanzmittel entsprechend der Personalkostenerhöhung im öffentlichen Dienst mit ein. Die verwaltungstechnische Abwicklung erfolgt entweder durch Versetzung bei Beamten oder durch Betriebsübergang bei Angestellten und Arbeitern.
2. Der Verlust der Personalhoheit des Landes würde Folgen für die gesamte Personalverwaltung im Schulbereich haben, die auf die Kommunen übergehen würde. Es könnte für eine Übergangszeit daran gedacht werden, beamtete Lehrer für ca. 5 Jahre in den kommunalen Bereich abzuordnen und ihnen die Chancen einzuräumen, sich während dieser Zeit auf kommunale Lehrerstellen zu bewerben. Nach dieser Zeit erfolgt eine Versetzung zu einem kommunalen Dienstherrn.
3. Ein erster Schritt, der schon eine sehr viel stärkere Nähe der Schule als Gesamtinstitution zur Kommune bringen könnte, wäre die Umwandlung der Schulleiterposition in die eines kommunalen Beamten. Hierbei handelt es sich um einen der Zahl nach überschaubaren Personenkreis, dessen finanzielle Auswirkungen auch gut berechenbar sind. Dabei könnte es sich um eine Führungsposition zunächst auf Probe handeln, die entweder in eine Dauerstelle oder in eine Wahlzeitbeamtenstelle umgewandelt wird.
4. Wie in anderen Fällen der Behördenauflösung verbleiben die Versorgungslasten für die im Ruhestand befindlichen Lehrer beim Land. Die noch aktiven Lehrer können entsprechend den beamtenrechtlichen Versorgungsvorschriften mit einem entsprechenden Betrag in die Versorgungsausgleichskasse der Kommunalverbände mit eingebracht werden (dazu werden dem Land die Mittel fehlen) oder Kommunen und Land teilen sich entsprechend den zeitlichen Verhältnissen die Versorgungsbezüge der Lehrkräfte.
5. Eine Kommunalisierung müßte auch Auswirkungen auf die Rechtsstellung der Schulleitung haben. Die Schulleitung müßte entsprechend anderen kommunalen Betrieben und Einrichtungen zum Verantwortlichen für den Schulbetrieb nach innen gegenüber Lehrern sowie Schülern und nach außen Eltern und Kommune entwickelt werden. Dazu ist eine klare Dienstvorgesetzteneigenschaft erforderlich. Die Schulleitung wird entsprechend dem für kommunale Behördenleiter maßgeblichen Modus ausgewählt und

bestimmt. Der Verantwortung gemäß müßte eine entsprechende Dotierung vorgesehen werden, die aber auch z. B. in der Gestalt des Wahlbeamten dann zu einer zeitlich befristeten Wahlbeamtenstelle führen könnte.

6. Denkbar ist die Organisation der Schule als Eigenbetrieb, der sowohl hinsichtlich der Personaleinstellung wie auch des Budgets im Rahmen festgelegter Grenzen selbständig operieren könnte. Für diesen Eigenbetrieb könnte eine Art Aufsichts- oder Verwaltungsrat gebildet werden, dem Mitarbeitervertreter, Elternvertreter, Schüler und Kommunalvertreter angehören. Er sorgt für die Sicherstellung des konkreten schulischen Auftrags. Ein solches Gremium wäre in der Regel ein Gremium, das nicht die laufenden Geschäfte führt oder in sie eingreift, sondern Grundsätze und Richtlinien festlegt, nach denen der Eigenbetrieb Schule arbeitet.

IV. Thesen zur weiteren Verantwortung des Staates (Landes)

1. Wie in anderen Aufgabenfeldern bleibt der Staat (das Land) verantwortlich für die Definition des allgemeinen schulischen Auftrags für die jeweilige Schulart.
2. Die Ausbildung der Lehrkräfte findet nach wie vor an Hochschulen statt, die vom Land getragen werden, wie das für andere im kommunalen Bereich Beschäftigte ebenfalls gilt.
3. Das Land muß wie z. B. bei den juristischen Berufen die Ausbildung über das Referendariat gewährleisten. Auch die juristische Ausbildung findet nicht ausschließlich in staatlichen Institutionen statt, sondern in und bei anderen Institutionen (Kommunen, Anwälte, Verbände, Firmen etc.). Die Kosten der Referendarausbildung sind wie im juristischen Bereich weiterhin vom Land aufzubringen.
4. Die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte würde man als gemeinsame Aufgaben von Kommunen und Land ansehen müssen. Dies ist bisher schon im Bereich der Verwaltungsmitarbeiter der Fall. Eine entsprechende Weiterbildungseinrichtung müßte vom Land und den Kommunen gemeinsam getragen werden.
5. Gemäß Art. 7 Abs. 1 steht das gesamte Schulwesen unter der Aufsicht des Staates. Daran soll sich nichts ändern. Aufsicht des Staates heißt zunächst Rechtsaufsicht, die in diesem Falle durch eine Fachaufsicht ergänzt wird. Die Fachaufsicht hat sicherzustellen, daß die vom Staat vorgegebenen Lehrpläne und Unterrichtsstandards eingehalten werden. Die Dienstaufsicht als solche wird vom Träger der Schule, also der Kommune, in der Regel durch den Schulleiter wahrzunehmen sein.

V. Thesen der Kritiker

a) Aus der kommunalen Sicht

- 1) Bei Übernahme der Lehrer auf die kommunalen Haushalte kommen unüberschaubare Finanzlasten auf die Kommune zu. Auch bei Zusicherung des Staates hinsichtlich eines strikten Konnexitätsprinzips ist im Hinblick auf negative Erfahrungen der Vergangenheit davon auszugehen, daß das Land finanzielle Lasten aus dem schulischen Bereich ohne angemessene Entschädigung auf die Kommunen verlagern will. Ergänzend wird dabei auf das Problem der Versorgungslasten für ausgeschiedene Lehrer verwiesen.

- 2) Auf kommunaler Seite wird befürchtet, daß nicht ausreichend Lehrkräfte für strukturschwache Bereiche zur Verfügung stehen (mangelndes Interesse). Aber auch bei besonders problembehafteten Kommunalbereichen bzw. Orts-teilen könnte wegen des schlechten sozialen Rufs dieser Ortsteile kein Interesse an vakanten Lehrerstellen bestehen oder Lehrer sogar vorrangig aus diesen Gebieten abwandern.
- 3) Im kommunalen Bereich wird befürchtet, daß finanziell besser gestellte Kommunen über entsprechende Aktivitäten zu einem Ungleichgewicht in der Lehrerausstattung und Schulausstattung beitragen könnten. Dabei wird allerdings übersehen, daß dies heute bei zentralen Fragen der jetzigen Schulträgerschaft auch schon der Fall ist.
- 4) Bei Bürgermeistern besteht keineswegs das dringende Bedürfnis, eine dienstliche Verantwortung für Lehrkräfte zu übernehmen. Dazu trägt sicherlich auch die heutige Distanz zur Lehrerschaft bei, die sich ausschließlich oder überwiegend nur in Verantwortung gegenüber dem eigenen Dienstherrn, also dem Land sieht.

b) Aus staatlicher und zentralistischer Sicht

- 1) Eine einheitliche Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften wird nicht mehr gewährleistet. Dabei wird allerdings übersehen, daß diese auch heute schon nicht gewährleistet ist.
- 2) Die Kommunen werden Schwierigkeiten haben, Ausfall- und Fehlzeiten von Lehrkräften zu ersetzen, da dies heute vornehmlich über die Schulämter organisiert wird. Dagegen läßt sich sagen, daß dies in der Tat mehr eine Organisationsfrage ist, die auch künftig durchaus auf der Kreisebene – wenn auch mit anderen Mitteln – gelöst werden könnte.
- 3) Der Staat verliert die Möglichkeit der Umsetzung schulpolitischer Ziele, die er heute ohne Mitwirkung der Kommunen umsetzen kann. Dabei ist richtig, daß dies künftig ohne rechtzeitige Mitwirkung und Beteiligung der Kommunen noch schwerer sein würde, als das heute schon ist. Aber auch bisher hakt die Umsetzung mancher Ziele oder man negiert die Umsetzungsprobleme einfach auf der politischen Ebene, weil eine rechtzeitige Einbeziehung der kommunalen Schulträgersebene nicht beabsichtigt oder erreicht war.

VI. Thesen zu den Konsequenzen eines Systemwechsels

1. Der Übergang der Gesamtverantwortung für den Bereich Schule auf die Kommunen würde sich schon auf die künftigen Lehramtsanwärter auswirken. Sie müßten, wie es sonst auch im öffentlichen Dienst überwiegend der Fall ist, sich ihre künftigen Dienstherrn selbst aussuchen. Dies setzt höhere Mobilität voraus und wird in den übrigen öffentlichen Bereichen mit Erfolg praktiziert.
2. Eine gewisse Konkurrenzsituation ist auch heute schon im öffentlichen Dienst bei verschiedenen Arbeitgebern im Bereich der sog. sanften Faktoren vorhanden. Dies könnte durchaus eine Stärke der Kommunen sein.
3. Die sehr starke Staatsorientierung der Lehrerschaft würde damit beendet werden.
4. Regionale Fehlentwicklungen wären zwar im Einzelfall nicht ausgeschlossen, sie würden aber regional begrenzt bleiben. Fehlentwicklungen in der Schulpolitik heute z. B. mangelnde Vorsorge für den Lehrernachwuchs, mangelnde Fortbildung etc., die heute ausschließlich in der Verantwortung des Landes liegen, haben sofort landesweite Auswirkungen. Die negativen Folgen eines zentralistischen Systems sind hier nachweisbar.

Was erwartet die Wirtschaft von den Schulabgängern?

Berichtigung des Artikels aus Zeitung Nr. 46

Liebe Leserinnen und Leser,
leider fehlte in der Ausgabe Nr. 46 unserer Zeitung ein Teil des Artikels, dafür erschien eine Seite doppelt. Bitte streichen Sie die Seite 35 in Ausgabe 46.

Hier nun die fehlenden Punkte Nr. 5, 6 und 7 aus dem Bereich „Persönliche Kompetenzen“ in ihrem Zusammenhang.

Wir bitten dies zu entschuldigen.

W. Rossow / R. Bordel

Persönliche Kompetenzen

Neben der fachlichen und der sozialen Kompetenz sind eine Reihe von Grundhaltungen und Werteinstellungen im Arbeitsleben wichtig.

1. Zuverlässigkeit

➤ Wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Zusammenarbeit und das Erreichen von Zielen

Man muss sich darauf verlassen können, dass die Jugendlichen die ihnen übertragenen Aufgaben ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend wahrnehmen – auch unter widrigen Umständen und ohne ständige Überwachung oder Kontrolle.

„Zuverlässigkeit bedeutet: da zu sein, flexibel zu sein. Dazu gehört auch eine ehrliche Rückmeldung an den Ausbilder, wenn ich mich für eine Aufgabe noch nicht so fit fühle. Oder das offene Gespräch mit den Kollegen, wenn es Probleme gibt. Und natürlich bedeutet es auch, im Betrieb bestimmte Regelungen, wie z.B. den Datenschutz, einzuhalten.“

Nadine Schmidt,
Auszubildende zur Automobilkauffrau,
DaimlerChrysler AG, Wuppertal

2. Lern- und Leistungsbereitschaft

➤ Grundbedingung für eine erfolgreiche Ausbildung

Ausbildung, Beruf und Arbeit sind nicht notwendige Übel, sondern wichtige Bausteine des eigenen Lebens. Freude an der Arbeit und Erfolg im Beruf tragen zu einer positiven Lebenseinstellung und individueller Zufriedenheit bei. Jugendliche sollten von der Schule Neugier und Lust auf Neues mitbringen und diese Eigenschaften in der Ausbildung weiter entwickeln.

„Die Lehrzeit ist eine Zeit der Chancen – auch und gerade für die persönliche Entwicklung. Wir erwarten von unseren Auszubildenden, dass sie diese Chancen zur Selbstverwirklichung nutzen und sich damit ein Fundament für ein erfolgreiches Berufsleben schaffen.“

Heinz-Jürgen Schwartz,
Personalbeauftragter,
Philips, Aachen

3. Ausdauer – Durchhaltevermögen – Belastbarkeit

- **Wichtig, um mit Misserfolgen fertig zu werden**

Im (Berufs-) Leben kann nicht immer alles glatt gehen. Aber auch Belastungen und Enttäuschungen muss man aushalten können. Nicht zuletzt stärkt dies das Selbstvertrauen. In Elternhaus und Schule sollten die Jugendlichen gelernt haben, nicht gleich aufzugeben, wenn sich der gewünschte Erfolg nicht sofort oder vielleicht auch gar nicht einstellt.

„Jede Ausbildung ist ein Entwicklungsprozess. Da gibt es Momente des Erfolgs ebenso wie des Misserfolgs. Auch wenn es manchmal schwer fällt – die Fähigkeit, Frustrationen wegzustecken, gehört mit zum Lernprogramm. Ein langer Atem und praktische Initiative sind da sehr hilfreich. Der schlechteste Versuch ist immer der, den man nicht macht.“

Friedhelm Kröger,
Ausbildungsleiter,
BOGE Kompressoren, Bielefeld

4. Sorgfalt – Gewissenhaftigkeit

- **Man kann nicht immer „fünf gerade sein lassen“.**

Die Aufgaben und Tätigkeiten im Unternehmen erfordern Genauigkeit und Ernsthaftigkeit. Durch Flüchtigkeit kann großer Schaden entstehen.

Wer dagegen mit Disziplin und Ordnungssinn pünktlich an die Arbeit geht, der ist gerüstet und braucht sich keine Sorgen zu machen.

„Für den Standort Deutschland ist die Qualität der erzeugten Produkte von entscheidender Bedeutung. Jeder einzelne Mitarbeiter von der planenden bis zur ausführenden Ebene ist für diese Qualität verantwortlich. Korrektheit, Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit sind dabei unverzichtbar.“

Annegret Werner,
Abt. Qualitätsmanagement,
BJB GmbH & Co. KG, Arnsberg

5. Konzentrationsfähigkeit

- **Keine Leistung ohne Konzentration**
- **Es ist so einfach, sich ablenken zu lassen. Aber es ist auch notwendig, sich auf eine Sache zu konzentrieren.**
- **Das muss man wollen und können. Beides lässt sich mit gutem Erfolg trainieren.**
- **Die Schule ist dabei ein wichtiger Partner.**

„Konzentration ist die Fähigkeit, mit seinen Gedanken bei der "Sache" zu sein. Das ist nur bedingt eine Veranlagung – Konzentrationsfähigkeit muss man trainieren. Gerade weil in der heutigen Zeit die Ablenkungsmöglichkeiten für die Jugendlichen sehr groß sind, ist es wichtig, schon in der Schule ein Gegengewicht zu setzen.“

Lutz Wächter,
Ausbildungsleiter,
W. Schlafhorst AG & Co.,
Mönchengladbach, Ausbildungsverbund

6. Verantwortungsbereitschaft – Selbstständigkeit

- Man muss für das, was man tut, einstehen – auch dann, wenn es einmal misslingt.

Erfahrung gibt Sicherheit für selbstständiges Denken und Handeln. Die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, wächst mit zunehmender Reife. Ansätze müssen jedoch mit dem Eintritt in die Ausbildung schon vorhanden sein. Wo kämen wir hin, wenn jeder das, was ihm unangenehm oder lästig ist, auf andere abschieben würde?!

„Für unsere Auszubildenden sind Selbstständigkeit und Verantwortungsbereitschaft selbstverständlich. Die Einbindung in Teams sowie die Übernahme eigenständiger Aufgaben und Projekte bereitet unsere Azubis optimal auf das Berufsleben vor. Sie nutzen die gebotenen Weiterbildungsmöglichkeiten und internen Kommunikationssysteme, um sich Informationen zu beschaffen. Wir erwarten von ihnen die Bereitschaft, für das eigene Handeln Verantwortung zu tragen.“

Uta-Michaela Finke,
Leiterin Berufsausbildung,
Deutsche Bank AG, Düsseldorf

7. Fähigkeit zu Kritik und Selbstkritik

- Nobody is perfect.

Wer die Fähigkeit zur Kritik hat, kann z.B. relativ schnell Wichtiges von Unwichtigem unterscheiden. Er erkennt aus der Sache heraus, ob etwas zu befürworten oder abzulehnen ist.

Genauso wichtig ist auch die Fähigkeit, das eigene Tun kritisch zu hinterfragen, Fehler einzusehen und sie korrigieren zu wollen.

„Kritikfähigkeit bedeutet, Wichtiges von Unwichtigem unterscheiden zu können und dies sachgerecht zu begründen. Selbstkritik ist die Fähigkeit, Fehler einzusehen und zu Korrekturen bereit zu sein.“

Volker Pahlke,
Ausbildungsberater,
Industrie- und Handelskammer
Lippe zu Detmold

8. Kreativität und Flexibilität

- Wichtige Helfer in allen Lebenslagen

Im Beruf muss jeder mitdenken. Wer ideenreich und aufgeschlossen ist, hat es einfacher – auch und gerade bei der Lösung von Problemen.

"Frischer Wind" hilft, z.B. die täglichen Aufgaben oder die Organisation des eigenen Arbeitsplatzes positiv zu verändern. Übrigens: Wer kreativ und flexibel ist, kann sich leichter und schneller in neue Aufgaben einarbeiten.

„Schon in der Ausbildung habe ich Umgang mit Kunden und darf projektorientiert arbeiten. Dadurch kann ich meine Kreativität direkt in den betrieblichen Ablauf einbringen. So wird meine Flexibilität in Bezug auf den Workflow immer wieder aufs Neue gefordert.“

Thomas Kroll,
Auszubildender zum
Mediengestalter für
Digital- und Printmedien,
Werbe-Atelier Klassen,
Mülheim/Ruhr

Dieser Text entstammt dem Faltblatt „Was erwartet die Wirtschaft von den Schulabgängern?“ der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen; im Internet zu finden unter www.ihk-ausbildung.de

Pressespiegel

aus: Pinneberger Zeitung

Michael Doppke nun auch offiziell neuer Schulrat

BILDUNG Gestern wurde der Nachfolger von Wulf Krützfeldt ins Amt eingeführt: ein Mann, mit viel Erfahrung in Praxis und Politik.

Nils Baumgarten
Kreis Pinneberg

Vor vier Wochen begann das neue Schuljahr, mittlerweile haben sich die Neulinge eingelebt. Das gilt für rund 3300 Erstklässler im Kreis Pinneberg – und für einen neuen Schulrat. Michael Doppke heißt der neue Mann, der im Kreishaushaus gemeinsam mit zwei Kollegen für die Aufsicht über rund 100 Bil-

dungsstätten, die Verteilung von Lehrerstellen und die Koordination der Unterrichtspflichten zuständig ist.

Doppke trat die Nachfolge von Schulrat Wulf Krützfeldt an, der bereits im März in den Ruhestand verabschiedet worden war, und gelangte auf Umwegen zu seiner neuen Position. Zuvor hatte er im Grund- und Hauptschulreferat des Kieler Bildungsministerium „aushelfen“ müssen. Zeitgleich bereitete er sich auf den neuen Job im Kreis Pinneberg vor. An der Seite seiner Kollegen Georg Hölk und Alwin Heinemann wirkte Doppke bereits an den Vorbereitungen für die Verlässliche Grundschule mit.

Seit gestern ist das Schulrats-Trio auch offiziell komplett – allerdings nur für kurze Zeit. Schon in wenigen Wochen geht Heinemann in den Ruhestand, wann seine Stelle wieder besetzt wird, ist noch unklar. Folglich wartet viel Arbeit auf den neuen Schulrat, zumal der Start der Verlässlichen Grundschule im Nordteil des Kreisgebiets erst noch bevorsteht. Für die Bewältigung der umfangreichen Aufgaben hat Doppke ein einfaches Rezept: „Wenn das Interesse der Kinder unser Maßstab ist, können wir nicht viel verkehrt machen.“

Nach dem Studium in Kiel unterrichtete der in Krempe geborene Doppke zunächst in Quickborn, dann in Bönningstedt und schließlich in Elmshorn. Dort leitete der passionierte Handballer, der mit seiner Frau und drei Kindern im Alter von 18, 16 und 13 Jahren in Ellerau lebt, zuletzt die Grundschule Kaltenweide. Umfangreiche Erfahrungen in der landesweiten Schulpolitik sammelte er als Gründer des Schulleiterverbandes für Grund- und Hauptschulen, den er zwölf Jahre lang leitete.



22 Jahre lang war er Schulleiter, jetzt ist Michael Doppke (53) Schulrat in der Pinneberger Kreisverwaltung.

Einführung der Verlässlichen Grundschule (VG)

Maren Böddener

Das Schuljahr 2003/2004 hat begonnen und 100 Schulen im Hamburger Randgebiet dürfen ihre Schülerinnen und Schüler nun nicht mehr nach Hause schicken, wenn Lehrkräfte krank oder beurlaubt sind oder wenn sie dienstlich anderweitige Verpflichtungen haben. Die Entwicklung von Konzepten zur Umsetzung der VG konnte aber nur deshalb mit weitgehend guten Ergebnissen gelingen, weil das Ministerium den zunächst starren Erlass modifiziert hat.

Der Schulleiterverband hat bereits Ende 2002 in ausführlichen Briefen an das Ministerium die Umsetzung des Erlasses hinterfragt. Weiterhin wurde im Dezember eine Arbeitsversammlung zu diesem Thema einberufen, die trotz der vielen weihnachtlichen Termine gut besucht war. Die dort erarbeiteten Ergebnisse konnten wir in die weitere Diskussion mit dem Ministerium einfließen lassen. Zu verschiedenen Arbeitssitzungen mit Vertretern des Ministeriums wurden der s/vsh eingeladen.

Nicht zuletzt auch durch die intensiven Einwände des s/vsh ist dann der starre Erlass modifiziert worden.

Nun können die Zeitvorgaben bis zu 10% unterschritten werden. Ergänzungszeiten müssen nicht enthalten sein, sondern können! Der tägliche Zeitrahmen ist grundsätzlich einzuhalten.

Diese Modifizierungen ermöglichen auch die Umsetzung eines verlässlichen Stundenplans, wenn die personellen Möglichkeiten keinen gleichmäßigen festen Rahmen zulassen. Viele verschiedene Konzepte sind entwickelt worden. Letztendlich muss jede Schule ihr eigenes Konzept entwickeln.

Dabei ist u.a. wichtig,

- ob ein Konzept in Absprache mit der Betreuungseinrichtung, wenn die Schule denn eine hat, erfolgen muss.
- ob der Schulträger zusätzliche Betreuungskräfte, die z.B. für Ergänzungszeiten eingesetzt werden können, zur Verfügung stellt.
- wie viele Kolleginnen an reinen Grundschulen mit mehr als 20 Stunden Unterrichtsverpflichtung der Schule zugewiesen sind.
- ob Turnhallenzeiten mit anderen Schulen geteilt werden müssen.

In der vorletzten Ausgabe des s/vsh habe ich deutlich gemacht, wie wichtig mir eine „echte“ VG ist, also eine Verlässliche Grundschule mit gleichen Anfangs- und Endzeiten, so dass die VG auch berufstätigen Eltern entgegenkommt.

Deshalb möchte ich im folgenden das Konzept der meiner Schule (vierzünftig, 370 Schülerinnen und Schüler) vorstellen, dass aber nur bei den derzeit gegebenen Bedingungen funktioniert.

Das Konzept ist unter der Berücksichtigung der Stundenzuweisung, der Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte und in Absprache mit dem Schulträger, der eine kostenpflichtige Schulkindbetreuung ab 11.00 Uhr anbietet, entstanden.

Wir haben versucht, Unterrichtszeiten für Klasse 1/2 von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und für Klasse 3/4 von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr umzusetzen. Das ist uns weitgehend gelungen.

Bereits im November des letzten Jahres haben Gespräche mit dem Schulträger hinsichtlich des Betreuungskonzeptes stattgefunden. Per Fragebogen wurde der Betreuungsbedarf ermittelt. So ergab sich, dass eine Schulkindbetreuung ab 11.00 Uhr erforderlich war.

Beim Errechnen der voraussichtlichen Stundenzuweisung wurde uns deutlich, dass wir unsere Stunden in erster Linie für Unterricht einsetzen könnten.

Außerdem war es nötig, Lerngruppen in den dritten und vierten Klassen zu bilden, was bei einigen Eltern auf erbitterten Widerstand stieß.

Die Zuweisung der Lehrerstunden ermöglicht uns eine Unterrichtsversorgung der 1. und 2. Klassen mit 19,66 Stunden, der 3. und 4. Klassen mit 24,66 Stunden.

Zusätzlich haben wir 23 Stunden für Vertretungsunterricht parallel gesteckt. Diese Stunden werden als Team-Teaching und parallele Förderstunden genutzt, wenn sie nicht für den Vertretungsunterricht benötigt werden.

Jede Klasse erhält eine „Muntermacher“-Stunde pro Woche. Sie dauert 30 Minuten und ist dem „normalen“ Unterricht vorgeschaltet. Die 30-Minuten-Einheiten entstehen durch die Arbeitszeit der Vollzeitkräfte, die eigentlich dreimal pro Woche eine 6. Stunde unterrichten müssten. Das ist in dem Konzept unserer Schule nicht mehr möglich.

In den „Muntermacher“ Stunden werden die Kinder verstärkt an Freiarbeitsmaterialien herangeführt. Sie lernen mit Karteien zu arbeiten, mit LÜK und LOGIKO und anderen Arbeitsmitteln mit Selbstkontrolle. Jede Klasse hat seit Jahren eine Kiste mit entsprechenden Arbeitsmitteln, die regelmäßig ergänzt wird. Die Arbeit mit diesen Materialien ist nun besonders wichtig, damit sie auch in Vertretungsstunden eingesetzt werden kann, vor allem dann, wenn eine Lehrkraft zwei Klassen gleichzeitig betreuen muss.

Stundenplanstruktur für Klasse 1/2

	Zeit	Mo	Di	Mi	Do	Fr
M	7.45 - 8.15	30 Min				
	8.00 - 8.15	Kommezeit				
1	8.15 - 9.00	x	x	x	x	x
	10 Minuten Pause					
2	9.10 - 9.55	x	x	x	x	x
3	9.55 - 10.40	x	x	x	x	x
	20 Minuten Pause					
4	11.00 - 11.45	x	x	x		x
P	15 Minuten Pause, wenn gewünscht					

Stundenplanstruktur für Klasse 3/4

	Zeit	Mo	Di	MI	Do	Fr
M	7.45 - 8.15	30 Min				
	8.00 - 8.15	Kommezeit				
1	8.15 - 9.00	x	x	x	x	x
	10 Minuten Pause					
2	9.10 - 9.55	x	x	x	x	x
3	9.55 - 10.40	x	x	x	x	x
	20 Minuten Pause					
4	11.00 - 11.45	x	x	x	x	x
	15 Minuten Pause					
5	12.00 - 12.45	x	x	x	x	x

Die Stundenplanstruktur lässt sich nur dann aufrechterhalten,

- wenn die Anzahl der Kolleginnen mit mehr als 20 Wochenstunden Unterrichtsverpflichtung die Anzahl der dritten und vierten Klassen nicht übersteigt und die Anzahl der Vollzeitkräfte möglichst gering ist, da man sonst zu viele Stunden außerhalb des festen Rasters unterbringen muss und diese Stunden dann im festen Raster fehlen.
- Wenn mindestens eine Lehrkraft pro Klasse vorhanden ist und eine zusätzliche Lehrkraft, damit Vertretungsstunden parallel gesteckt werden können.

Die Stundenplanstruktur hat auch Nachteile:

- Viele Sportstunden müssen parallel gesteckt werden, da das Raster nur noch 25 Hallenstunden zulässt, wir aber 34 brauchen. Die Kolleginnen weichen auf die Aula aus oder machen gemeinsam Sport, was sich positiv auf die Zusammenarbeit der Kolleginnen als auch auf die Zusammenarbeit von Klassen auswirkt.
- Die Kolleginnen können nicht immer so eingesetzt werden, wie es wünschenswert wäre.

Mein Plan funktioniert nur unter den gegebenen Bedingungen. Das wird sicher in vielen anderen Schulen ähnlich sein.

Wenn die zweijährige Erprobungsphase beendet ist, müssen die Bedingungen verändert werden. Zusätzliche Stunden sind unerlässlich, um den maximalen Anforderungen gerecht werden zu können. Das Arbeitszeitproblem muss gelöst werden. Für kurzfristigen Vertretungsunterricht muss jede Schule Vertretungskräfte über einen Vertretungspool abrufen können. Geld ist zurzeit für kurzfristige und auch längerfristige Vertretung vorhanden.

Pressespiegel

aus: Die Zeit Nr. 35

Schule light

Pisa? Timss? Das war erst der Anfang. Bald unterrichten Laien

Nölen, jaulen, trödeln, der Schulanfang ist immer ein Desaster. „Warum müssen wir da denn hin?“, begehren unsere Ferienkinder zu wissen. „Weil ihr da was lernen sollt“, sagen wir matt. „Weil Eltern nicht alles wissen.“ Also: „Weil da Experten sind, die euch mehr beibringen, als wir es könnten.“ Okay: „Weil Wissen das Wichtigste ist für eure Zukunft!“ Da gucken sie uns milde an und schlurfen davon. So einfach wird es in Zukunft nicht mehr abgehen. In Zukunft werden alle morgens zur Schule müssen. Kinder sowieso, aber bald auch Eltern – zum Unterrichten. „Mama, hast du diesmal deine Mathebücher dabei?“, werden die Kinder dann nölen. „Was mach ich hier bloß?!“, werden wir jaulen.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung zeigt der Nation, wo es langgeht in der Bildungsdebatte. Schluss mit dem Unterrichtsausfall, alle Reserven werden aufgeboten. Na, nicht ganz alle, sonst könnte man ja hoch qualifizierte Junglehrer anstellen. Die Lücken im Unterrichtsplan werden mit einer Gastarbeitertruppe gestopft. Mit Springern. „Vorrangig suchen wir ausgebildete Lehrkräfte“, sagt Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave, aber sie denke auch an Pensionäre, Lehramtsstudenten, Psychologen, Sozialarbeiter. Und Eltern.

Donnerwetter! Vorrangig, möchte man der Ministerin zurufen, hatten wir an qualifizierte Politiker gedacht, als wir zur Wahl gingen, auf gut ausgebildete Experten in den Ministerien gesetzt, die so weit des Lesens und Rechnens mächtig sind, dass sie den Tabellen von Pisa und Timss entnehmen können, weshalb wir nicht schlechteren, sondern besseren Unterricht brauchen: damit unsere Jugend schnellstens den Bildungsrückstand aufholt. Andererseits liegt Schleswig-Holstein im Trend, der da heißt: Bildung light!

Während die Bundesfamilienministerin in Hamburg fröhlich Preise an bildungsbeflissene Kitas verteilt, rechnet die Hansestadt Tausende von Kindergartenplätzen weg, Erzieherinnen werden entlassen. Die Stadt Frankfurt hat mithilfe einer Vertretungshüpfertuppe schon ordentlich Gymnasiallehrerstellen abgebaut. Die Ausgaben für Schulbücher werden so erfolgreich runtergefahren – um rund 127 Millionen Euro in zehn Jahren – dass unsere Kinder auf der Liste der Benutzer der ältesten Schulbücher Westeuropas ganz oben stehen, wenigstens einmal auf Platz eins!

Es bleiben Fragen offen. Wie flexibel werden die Arbeitgeber der Eltern auf den Stundenplan der örtlichen Grundschule reagieren? Plant die Ministerpräsidentin Heide Simonis, auch Finanzfrau, in Kürze das Kindergeld nur an Eltern auszuzahlen, die ihre Schulpflichtstunden brav abgerissen haben? Anders herum: Warum sollten sie das in der Klasse tun, ist womöglich daran gedacht, die Sanierung der von Schimmelpilz befallenen Schulen einzusparen, durch komplettes Outsourcen des Unterrichts an den familiären Küchentisch? Oder rechnet man damit, dass Kinder haben irgendwann so mega-out ist, dass es gar keine blöden Eltern mehr gibt, die schulverpflichtet werden können? All diese Fragen, verehrte Ministerin Erdsiek-Rave, betrachten Sie gerne als Ihre Hausaufgaben.

SUSANNE MAYER

Informationen aus der Geschäftsstelle

Neuzugänge

Konrektorin	Janna Koldehoff	GS Marli	Lübeck
Konrektorin	Renate Hochgraeber	GS Bünningstedt	Ammersbek
Rektor	Heiko Gauert	RHS Hohenlockstedt	Hohenlockstedt
Konrektorin	Uta Schmidt-Lewer Kühne	Brüder-Grimm-Schule	Rellingen
Rektorin	Andrea Bode-Kühn	GS Süderlügum	Süderlügum
Rektor	Klaus-Jürgen Wannick	GHS Eggebek	Eggebek
Rektorin	Christel Witzisk	GS Wentorf b HH	Wentorf
Konrektorin	Ilka Hoop-Perschat	Realschule	Heide
Konrektorin (i.W.)*	Marion Ehlers	GHS	Raisdorf
Konrektor (i.W.)*	Joachim Lemke	Fritz-Reuter-Schule	Tornesch
Rektor	Martin Hansen	Hebbelschule (RS)	Flensburg
Rektorin	Dörte Rusch-Holfort	Grundschule	Hohenlockstedt

* i.W. = in Wartestellung

Fortbildung am Vormittag

Es erreichen uns viele Anfragen, ob nach dem Brief der Ministerin „Jede Stunde zählt“ überhaupt noch Fortbildungsveranstaltungen am Vormittag angeboten bzw. besucht werden dürfen. Wir haben diese Frage der Ministerin bei unserem Gespräch am 10.9.2003 auch gestellt. Die Ministerin hat geantwortet: Selbstverständlich dürfen Fortbildungsveranstaltungen am Vormittag angeboten und besucht werden, wenn dadurch kein Unterricht ausfällt. Regeln Sie also die Vertretung über entsprechende schulorganisatorische Maßnahmen oder über den Einsatz von Vertretungskräften.

Vorratsverträge

Schulämter haben gemäß Handlungskonzept „Jede Stunde zählt“ die Möglichkeit, sog. Vorratsverträge abzuschließen. D.h. Wenn Sie Vertretungskräfte gefunden und an das Schulamt gemeldet haben, schließt das Schulamt mit diesen Kräften einen Vertrag ohne konkrete Stundenzahl ab. Im Bedarfsfall setzen Sie die Kräfte ein und melden die Stundenzahl nachträglich an das Schulamt, das dann die Bezahlung veranlasst. Diese Regelung ist besonders für kurzfristige Ausfälle interessant und hilfreich. Leider gehen die Schulämter noch sehr unterschiedlich mit diesen Möglichkeiten um.

ODIS

Als Serviceleistung des Schulleiterverbandes bieten wir unseren Mitgliedern für die Protokollierung der täglichen Ausfallzeiten von Lehrkräften und die Art der Vertretung auf unserer Internetseite www.slvsh.de ein Erfassungsformular auf excel-Basis.

Änderungs- und Verbesserungsvorschläge bitte an uniekriel@slvsh.de

Anmeldung zum Kongress 2003 – Kommunalisierung

Denken Sie bitte daran, sich rechtzeitig für den Kongress am 30. Oktober 2003 in Rendsburg anzumelden. Sollten Sie den Flyer mit der Anmeldung verlegt haben, melden Sie sich bitte formlos per Fax an. Den Tagungsbeitrag von 20 € überweisen Sie auf das Konto:

Schulleiterverband S-H

Raiffeisen- und Volksbank Bad Bramstedt · BLZ: 200 691 30 · Konto: 101 880 00

Ein Schulprogramm für das Ministerium

Klaus-Ingo Marquardt

Alle Schulen im Lande haben sich inzwischen im Rahmen der Stärkung der Eigenverantwortung ein mehr oder weniger zukunftsweisendes Schulprogramm gegeben und nutzen es zur Weiterentwicklung ihres Schulprofils.

Ein Schulprogramm enthält

- die Formulierung pädagogischer Ziele
- die Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele und
- die Form der Evaluation.

Das Schulprogramm soll sicher stellen, dass sich das Profil einer Schule herausbildet und es soll gewährleisten, dass Lehrer, Schüler und Eltern „an einem Strang ziehen“ und zwar alle in der gleichen Richtung. Das schafft Motivation, Identifikation und verhindert die Vergeudung von Ressourcen.

So weit, so gut. Nun sollte man meinen, dass die Institution, die dieses alles auf den Weg gebracht hat und durch EVIT-Teams überprüfen lässt, nach gleichem Prinzip verfährt.

Es sollte also ein langfristiges Ziel mit den Beteiligten erarbeitet und formuliert und die damit verbundenen geplanten Maßnahmen mit den Betroffenen vereinbart werden. Anschließend sollte man gemeinsam evaluieren, was man umgesetzt hat. So sollte man zumindest dann vorgehen, wenn man Wert darauf legt, dass sich alle mit diesen Zielen identifizieren können.

Wenn man nun die Erlassentwürfe der letzten Monate zu den Bereichen *Verlässliche Grundschule*, *Lernpläne* und *Orientierungsstufenordnung* betrachtet, wurden durch die Art der Präsentation die Grundsätze zur Steigerung der Eigenverantwortung an Schulen missachtet und viele gute Ansätze in den Schulprogrammen konterkariert. Es war offensichtlich, dass die geplanten Maßnahmen ohne Berücksichtigung der schulischen Realitäten und ohne Beachtung der Befindlichkeit der Betroffenen in die Öffentlichkeit getragen wurden.

Besonders ärgerlich war die Tatsache, dass gerade die Schulen vor den Kopf gestoßen wurden, die bereits im Rahmen der Schulprogrammarbeit in Zusammenarbeit mit Eltern und Schulträgern große und erfolgreiche Anstrengungen unternommen hatten um z.B. Verlässlichkeit in der täglichen Betreuung sicherzustellen und Maßnahmen zur Förderung leistungsschwacher Schüler einzuleiten.

Nach massiven Protesten wurden die Erlasse verändert, der s/vsh war daran nicht unwesentlich beteiligt. Es wäre für alle erheblich angenehmer gewesen, die Stolpersteine vor einer Veröffentlichung aus dem Wege zu räumen.

Zusätzliche ärgerliche Reaktionen hat der Brief der Ministerin „Jede Stunde zählt“ hervorgerufen. Wir erkennen an dieser Stelle ausdrücklich an, dass die Bereitstellung solch erheblicher Finanzmittel für die Bezahlung von Vertretungskräften in diesen Zeiten eine gewaltige Kraftanstrengung bedeutet und den Schulen helfen wird, Ersatzpersonal zu beschäftigen. Wir haben dieses der Ministerin im Gespräch am 10.9.2003 auch persönlich bestätigt. Bei allen positiven Aspekten dieser Aktion soll

Ein Schulprogramm für das Ministerium

Klaus-Ingo Marquardt

nicht verschwiegen werden, dass die Maßnahmen keine Verbesserung der Unterrichtssituation mit sich bringt, sondern lediglich eine Ausweitung der Betreuung durch die Schule.

Die Vorbereitung der elektronischen Erfassung der statistischen Daten durch das Statistische Landesamt ist nicht anders als dilettantisch zu bezeichnen. Unzählige Stunden haben Schulleitungen damit zugebracht, die Software zu installieren und die Daten einzugeben. Die Aktion „Jede Stunde zählt“ wurde in Hinblick auf die vernünftige Nutzung der Ressourcen ad absurdum geführt. ODIS wird ebenfalls zeitliche Kräfte binden, ohne dass dadurch auch nur eine Unterrichtsstunde mehr entsteht.

Um all solchen Irritationen und Missverständnissen in Zukunft vorzubeugen, sollte das Ministerium eine **Steuergruppe** einrichten, in der sich die Beteiligten darüber verständigen, was langfristig geplant wird. Auf diese Weise könnte sicher gestellt werden, dass Pläne frühzeitig auf ihre **Sinnhaftigkeit** und auf ihre **Durchführbarkeit** überprüft würden. Die Beteiligten könnten die Pläne dann in ihrem Bereich diskutieren und die Ergebnisse in den Entscheidungsprozess einfließen lassen.

So haben wir das jedenfalls an unserer Schule gemacht.

P.S. Sollten Sie einen Vorschlag für überzogen halten, empfehlen wir Ihnen die Lektüre unserer Rubrik „*Die letzte ...? – Das Letzte!*“

Arbeitskreis Stellvertreter

Klaus-Ingo Marquardt

Jede Stunde zählt – auch für Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Der Arbeitskreis Stellvertreter hat auf seiner letzten Tagung am 11. September 2003 in Bad Bramstedt erneut die Erhöhung der Leitungszeit für Stellvertreterinnen und Stellvertreter gefordert. Das Handlungskonzept zu „Jede Stunde zählt“ gehört ebenso wie die Erfassung der Ausfall- und Vertretungsstunden ODIS zu den originären Aufgaben der Stellvertreterinnen und Stellvertreter. Die tägliche Stunde Leitungszeit, die sie zur Erfüllung dieser zusätzlichen Aufgaben benötigen, wird ihnen aber weiterhin vorenthalten.

Wenn der „Ausgleichsstundenerlass“ nicht geändert werden soll, so ist auf andere Weise sicherzustellen, dass die Stellvertreterinnen und Stellvertreter die ihnen zustehende Leitungszeit erhalten.

Wir fordern nicht, dass die Schulleiterinnen und Schulleiter etwas von ihrer Leitungszeit abtreten, denn auch für sie ist die Leitungszeit nicht ausreichend bemessen. Wir möchten aber darauf hinweisen, dass es auch andere Möglichkeiten gibt, den berechtigten Forderungen der Stellvertreterinnen und Stellvertreter zu entsprechen. Diese Möglichkeiten zu entwickeln und umzusetzen sind alle Schulleitungen aufgefordert.

Oh diese Statistiken!

Uwe Niekel

Eine Rechenhilfe für Schulleitungen zur Unterrichtsausfallstatistik

Seit dem 01.09.03 werden sie nun erfasst, die Daten zum Unterrichtsausfall. Zunächst nur in den Grundschulen des Landes Schleswig-Holstein, ab 2004 dann in allen Schularten erfolgt die Dateneingabe und -auswertung modern und schnell via Internet von jedem Internetzugang der Welt aus.

Nur, am Schulverwaltungsalltag geht dies in den meisten Fällen vorbei, denn die Internetnutzung mit einem Schulverwaltungscomputer ist durch die Datenschutzverordnung Schule verboten, wenn mit diesem PC Schülerdaten verarbeitet werden. Und nur wenige Schulen werden einen eigenen Internet-PC in der Verwaltung zur Verfügung haben.

Da es sich bei den Unterrichtsausfalldaten um ein anonymes Zahlenwerk und nicht um personengebundene Daten handelt, kann die Dateneingabe für die ODIS-Datenbank aber von jedem Schülerzugang der Schule aus unter <http://odis.lernnetz.de> getätigt werden. Da mir eine tägliche Erfassung der Daten, sozusagen frisch aus dem Vertretungsplan heraus, derzeit am effektivsten erscheint, habe ich einige Excel-Tabellen erstellt, die die Datenerfassung komfortabel am Verwaltungsrechner ermöglichen. Nur am Ende des Monats wird der Gang in den Computerraum zur Datenübertragung ins Internet erforderlich.

Diese Tabellensammlung ist frei verfügbar und befindet sich im Downloadbereich unserer Homepage (www.slvsh.de bzw. unter www.lernnetz-sh.de/slvsh/download.htm).

Fortbildung im slvsh

Uwe Niekel

Auf Wunsch vieler Kolleginnen und Kollegen bietet der slvsh in Kooperation mit dem IT-Dienste im IQSH (Schulungsnetz) eine Fortbildung zur Erstellung und Veröffentlichung einer Schulhomepage speziell für Schulleitungen an.

Sie findet **inhaltsgleich** an zwei verschiedenen Orten statt und kann bis Weihnachten an zwei weiteren Orten wiederholt werden. Wer Räumlichkeiten dafür zur Verfügung stellen kann, möge sich bitte bei mir melden. Benötigt wird ein Internetzugang und ein großer Raum, in dem maximal 18 Notebooks aufgebaut werden können. Für möglichst kurze Wege der Teilnehmer wären zwei weitere Tagungsorte im Nordosten und Südosten Schleswig-Holsteins hilfreich.

Wer die Fortbildung besuchen möchte und sich bereits ernsthaft zur Erstellung einer Homepage entschlossen hat, sollte sich den entsprechenden Speicherplatz im Internet (Webpace) vor der Veranstaltung einrichten lassen. Ich empfehle hierfür den Landesbildungsserver. Er stellt den Webpace für Schulen kostenlos und werbefrei zur Verfügung und bietet mit seinem Personal die entsprechenden schulrelevanten Hilfestellungen im Umgang mit der Übertragungstechnik.

Wenn Sie die Zugangsdaten mit zur Veranstaltung bringen, können alle Arbeitsergebnisse zur Homepage während der Veranstaltung direkt am endgültigen Platz im Internet gespeichert werden.

Unter <http://www.lernnetz-sh.de/html/information/urlantrag/labsurlform.php3> finden Sie dazu ein Online-Formular. Die Bearbeitung der Anträge dauert meist nicht länger als 48 Stunden.

Für weitere Fragen zur Fortbildung stehe ich selbstverständlich gerne unter (04852 2321) zur Verfügung.

Auf der folgenden Seite finden Sie alle Informationen zu dieser Fortbildung sowie ein Anmeldeformular.

Fortbildung im s/vsh

Uwe Niekel

Thema: Erstellung und Veröffentlichung einer Schulhomepage

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:	Schulleitungen aller Schularten, maximal 18 Teilnehmer	
Leitung:	Thore Olaf Kühn, IT-Dienste im IQSH / Uwe Niekel, s/vsh Die Fortbildung wird inhaltsgleich an zwei verschiedenen Orten angeboten.	
Beginn:	23. Oktober 2003 9.00 Uhr	18. November 2003 9.00 Uhr
Ende:	23. Oktober 2003 17.00 Uhr	18. November 2003 17.00 Uhr
Tagungsorte:	Grund und Hauptschule im Schulzentrum Tarp Schulstr. 7 · 24963 Tarp Tel.: 04638-894612	Realschule Malente Neversfelder Str. 11 23714 Malente Tel.: 04523-98910
Kosten:	Veranstaltungskosten entstehen nicht. Für ein Mittagessen auf eigene Kosten kann in der Mittagspause ein Restaurant in Schulumnähe aufgesucht werden. Für Kaffee/Tee wird eine kleine Umlage erhoben.	
Hinweis:	Während der Veranstaltung soll an Einzelarbeitsplätzen praktisch an einer Homepage für die eigene Schule gearbeitet werden. Bitte bringen Sie deshalb zur Veranstaltung die Zugangsdaten Ihres Internet-Providers mit. Wenn Sie noch keinen Speicherplatz für Ihre Homepage im Internet haben, können Sie diesen kostenlos und online aus dem Angebot des Landesbildungsserver beantragen. Unter http://www.lernnetz-sh.de/html/information/urlantrag/labsurlform.php3 finden Sie das entsprechende Formular. Wir helfen auch gerne weiter. Sie können auch Fotos oder andere Dokumente in elektronischer oder gedruckter Form mitbringen und an diesem Tag für die Homepage verarbeiten. Vorgestellt werden der Webseiteneditor web-2-date (http://www.web-2-date.de), der mit relativ wenig Aufwand professionelle Ergebnisse liefert.	
Erforderliche Vorkenntnisse	Basisfertigkeiten im Umgang mit dem Computer und dem Internet (z.B. markieren und kopieren von Textteilen in Word, speichern und öffnen von Dateien, Umgang mit dem Arbeitsplatz oder dem Windows Explorer, Navigation auf Internetseiten). Spezialkenntnisse sind nicht erforderlich. Die Veranstaltung ist vom IQSH als Fortbildungsveranstaltung anerkannt.	

Anmeldungen / Rückfragen bitte bis zum 21. Oktober / 14. November 2003 an Uwe Niekel, Grundschule Brunsbüttel Nord, Schulstr. 2-4 25541 Brunsbüttel oder Tel.: 04852/2321.

(bitte ausfüllen und per Fax an die GS Brunsbüttel - Nord (04852 982070)) schicken.

Ich melde mich für die Fortbildungsveranstaltung

Erstellung und Veröffentlichung einer Schulhomepage

am 23. Oktober in Tarp / am 18. November 2003 in Malente an.

(Nichtzutreffendes bitte streichen)

Ich bin Mitglied im s/vsh

☐ Ja

☐ Nein

Schule:

Name: _____

Verbandsinterne Fortbildung

slvsh – Denk-Fabrik

Veranstaltung

Thema: **Konflikten konstruktiv begegnen oder
Grundlagen langfristig erfolgreicher Gewinn/Gewinn Beziehungen**

Teilnehmerinnen
und Teilnehmer: Führungskräfte aus allen Schularten, **maximal 12 TeilnehmerInnen**

Leitung: Thomas Kunz, Metanoia GmbH, Kiel

Beginn: 02.12.2003, 09:00

Ende: 02.12.2003, 17:30

Tagungsort: Denk-Fabrik am See, Bordesholm, Eidersteder Straße 24

Programm

Die Qualität der Beziehung erklärt die Art der Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitern und Kollegen. Vertrauensvolle Beziehungen ermöglichen schnelle und reibungslose Verständigungen. Dies ist die Grundlage für einvernehmliche Entscheidungen und die sichere Umsetzung des Vereinbarten. Konflikte sind Störungen der Kommunikation. Die Entscheidungsfähigkeit sinkt oder geht ganz verloren.

Die TeilnehmerInnen werden in die Lage versetzt, eigene oder Konflikte im Mitarbeiterkreis konstruktiv zu lösen und in langfristige Gewinn/Gewinn Beziehungen zu überführen. Dazu wird das Verständnis der psychologischen Zusammenhänge genutzt und durch praktische Übungen gefestigt.

Inhalte

- Begriffsverständnis und Abgrenzung Konflikt, Problem, Widerstand
- Psychologische Grundlagen von Entscheidungen und Beziehungen
- Das Handlungssteuerungsmodell von Prof. Kuhl
- Umsetzung in die Tagesroutine der Teilnehmer
- Erleben der Lösungs- und Beziehungspotentiale des Modells
- Psychodrama
- Feedbackregeln in der Kommunikation

Hinweis:

68,- € Teilnahmebeitrag und Verpflegung: Mittagessen, Gebäck, Tagungsgetränke (Entrichtung am Tagungsort gegen Quittung), Fahrtkosten werden nicht erstattet.

Ein Seminarordner kann zum Preis von 10,- € erworben werden.

Die Veranstaltung ist vom IQSH als Fortbildungsveranstaltung anerkannt.

Anmeldung bitte direkt an die Denk-Fabrik am See, Bordesholm

Tel.: 04322 - 699674, Fax: 04322-699675, E-Mail: info@ronald-buessow.de

Fragen zum Programm bitte direkt an den Referenten:

Tel.: 0431 - 56011 - 33, Fax: -44, E-Mail: tk@meta.noia.de

Verbandsinterne Fortbildung

slvsh – Denk-Fabrik

Veranstaltung

- Thema: **Werkstatt: Rhetorik**
Selbstbewusstes und überzeugendes Auftreten
- Teilnehmerinnen
und Teilnehmer: Führungskräfte aus allen Schularten
- Leitung: Ronald Büssow, Firma in•puncto change
- Beginn: Montag, 01.12.2003, 09:00
- Ende: Montag, 01.12.2003, 17:30
- Tagungsort: Denk-Fabrik am See, Bordesholm, Eidersteder Straße 24,

Programm

Selbstbewusstes und überzeugendes Auftreten zeichnet sich durch Sicherheit, Kongruenz (Übereinstimmung von Körpersprache, Stimme und Inhalt), rhetorische Kunstfertigkeit und Verständlichkeit im Sinne des Zuhörers aus. Gelingen kann das optimale Zusammenwirken dieser Erfolgsfaktoren nur dann, wenn eine in sich starke Persönlichkeit spricht. Hier setzen wir mit unserem Training an. Schritt für Schritt helfen wir den Teilnehmern, ihr Selbstbewusstsein auszubauen. Mit gezielten Übungen arbeiten wir am individuellen Wandel, hin zum freien, begeisterten und kompetenten Rüberkommen. Visuell, vokal und verbal stark auftreten zu können, das ist die Devise.

Ob in Gesprächen, Konferenzen oder anderen Anlässen, immer geht es um positives, wirkungsvolles aber auch anschauliches Reden. „Der beste Redner ist schließlich der, der Menschenohren in Augen verwandeln kann“, so ein arabisches Sprichwort. Wer es beherrscht, schafft sich den Zugang für den beruflichen und persönlichen Erfolg.

Unser Rhetoriktraining setzt am zentralen Punkt an: „In dir muss brennen, was du in anderen entzünden willst.“ (Augustinus)

Nachfragen bitte direkt an die Referenten:

Tel.: 04322-699674, Fax: 04322-699675, E-Mail: info@ronald-buessow.de

Hinweis:

68,- € Teilnahmebeitrag und Verpflegung: Mittagessen, Gebäck, Tagungsgetränke (Entrichtung am Tagungsort gegen Quittung), Fahrtkosten werden nicht erstattet.

Ein Seminarordner kann zum Preis von 10,- € erworben werden.

Die Veranstaltung ist vom IQSH als Fortbildungsveranstaltung anerkannt.

Anmeldung bitte direkt an die Denk-Fabrik am See, Bordesholm

Tel.: 04322-699674, Fax: 04322-699675, E-Mail: info@ronald-buessow.de

Verbandsinterne Fortbildung

Seminar slysh · 1. Dezember 2003 in Bordesholm

Werkstatt: Rhetorik

Selbstbewusstes und überzeugendes Auftreten

09.00 Uhr

- Begrüßung und Einführung - moin, moin!
- Abgleich der Erwartungen und Klärung der weiteren Vorgehensweise
- Das positive Denken (Mehrere Intermezzi über den Tag) nach dem System „Heute ist mein bester Tag“ von Arthur Lassen
- Strukturen der Persönlichkeit - Hermann Dominanz Modell (HDI)
 - In Diskussionen Verhandlungsgeschick beweisen und in Konfliktfällen zur Deeskalation fähig sein
 - Das menschliche Verhalten von Gesprächspartnern erkennen und deuten können

10.30 – 10.45 Uhr Kaffeepause

- Rhetorische Elemente für Reden, Präsentationen, Diskussionen usw.
 - Übung: Einsatz der Körpersprache
 - Blickkontakt
 - Mimik
 - Gestik
 - Haltung
 - Tipps zum Ausbau der individuellen Fähigkeiten
 - Die Wirkung von positiver Ausstrahlung
 - Übung: Einsatz der Stimme
 - Artikulation
 - Modulation
 - Sprechtempo
 - Pausen

12.30 -13.30 Uhr Mittagspause

- Reflexion der persönlichen mentalen Begrenzungen unter Dis-Stress
 - Erkennen von einschränkenden Verhaltensmustern
 - Erste Schritte aus seiner Komfortzone
- Typische Redesituationen
 - Reflexion von Fallbeispielen
 - einige Videoaufzeichnungen mit anschließender Auswertung

15.30-15.45 Uhr Kaffeepause

- Selbstbewusstes Rüberkommen
- Einige kleinere Übungen
 - Einsatz einfacher Argumentationstechniken
 - positive Absicht von Einwänden
 - Regeln für effektives Zuhören
 - Kritikfähigkeit bei sich selbst und Feedback an den Gesprächspartnern
- Dialogisches Feedback: Ausblick und positiver Abschluss

17.30 Uhr • Ende des Trainings - und tschüs!

Trainer: Ronald Büssow

© in•puncto change

Denkfabrik am See

Info/Anfahrtsplan



Denk - Fabrik am See



Räume für Konferenzen,
Meetings und Seminare

Inhaber Ronald Büssow

Eidersteder Str. 24
24582 Bordesholm

Tel 04322 - 699674

Fax 04322 - 699675

Mobil 0171 - 4156475

E-Mail info@ronald-buessow.de

Internet ronald-buessow.de



- Parkplätze vor der Fabrik (Fa. Elwardt)
- an der Straße entlang, **nicht** halb auf dem Bürgersteig
- gegenüber auf der Wiese

Fortbildungsangebote des s/vsh

Interessensabfrage

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der s/vsh hat im letzten Jahr Fortbildungsveranstaltungen angeboten, die teilweise gut, teilweise aber auch nicht angenommen wurden. Um noch effektiver planen zu können und auch die Wünsche unserer Mitglieder in einem Gespräch mit dem IQSH deutlich machen zu können, bitten wir Sie nun noch einmal, uns Ihre Wünsche und Vorstellungen zum Bereich Fortbildung mitzuteilen.

Wir bitten Sie, Ihren ausgefüllten Fragebogen an die Geschäftsstelle zu faxen oder zu senden oder an die unten angegebene Adresse.

**Maren Böddener, Ansgariusweg 22 a, 22880 Wedel,
Fax: 04103 - 912987 oder 04103 - 9121720**

Meine Fortbildungswünsche :

- | | |
|---|--|
| ☐ Evaluation/Schulprogramm | ☐ EDV in der Verwaltung |
| ☐ Personalmanagement | ☐ Zeitmanagement |
| ☐ Qualitätsmanagement | ☐ Supervision |
| ☐ Gesprächsführung | ☐ Coaching |
| ☐ Gestaltung von Konferenzen | ☐ Schulleitung im Team |
| ☐ Frauen in Leitungspositionen | ☐ |

Welche Fortbildungsbedingungen bevorzugen Sie?

- | | |
|--|--|
| ☐ Tagesveranstaltungen und zwar | ☐ werktags |
| | ☐ am Samstag |
| | ☐ am Sonntag |
| ☐ 2-Tages-Veranstaltungen und zwar | ☐ Freitag/Samstag |
| | ☐ Samstag/Sonntag |

Anmerkungen: _____

Zum Thema „Klaus“ und zum „Personalentwicklungskonzept“ u.a. hat der s/vsh vor Jahren Arbeitstagungen angeboten.

Gibt es Themen, zu denen Sie sich eine Arbeitstagung wünschen?

Absender (bitte mit Schuladresse):

Pressespiegel

aus: Pinneberger Zeitung

Schulwahl: Rechte der Eltern eingeschränkt

**ORIENTIERUNGS-
STUFE** Neue Vor-
schriften sollen
dem Wohl der Kin-
der dienen.

Rainer Burmeister
Kreis Pinneberg

Geänderte Vorschriften beim Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen Schleswig-Holsteins stoßen bei den Lehrkräften im Kreis Pinneberg auf ein unterschiedliches Echo. Es geht um die seit August wirksame Neufassung der „Landesverordnung über die Orientierungsstufe“. Damit sind die Wahlmöglichkeiten der Eltern bei der Entscheidung für den Wechsel auf Hauptschule, Realschule oder Gymnasium eingeschränkt worden. Ziel sei es, so Schulrat Michael Doppke (53), die Verteilung der Kinder auf die Schularten „passiger“ zu machen.

Ob das den Eltern passen wird, bleibt abzuwarten. Denn die meisten wurden über die neuen Spielregeln noch nicht informiert. Dies dürfte erst in den kommenden Monaten bei Elternabenden geschehen, bevor Ende Januar 3107 Viertklässler im Kreis Pinneberg ihre Halbjahreszeugnisse und die Schulempfehlung erhalten werden.

Der wesentliche Unterschied: Während die Empfehlung der Schulart bisher unverbindlich war und nicht beachtet werden musste, ist künftig eine Abweichung über zwei Stufen nicht mehr zulässig. Ein Schüler mit

Hauptschulempfehlung darf also nicht auf ein Gymnasium eingeschult werden. Auch der umgekehrte Weg, der in der Praxis kaum eintreten dürfte, ist unzulässig.

Doch auch die einstufige Abweichung wird erschwert. Wer trotz Hauptschulempfehlung sein Kind zur Realschule schicken will oder den Sprössling mit der Realschulempfehlung partout zum Gymnasiasten machen möchte, kommt um eine Beratung nicht herum. Das Beratungsgespräch muss in der empfohlenen Schulart stattfinden, um die Eltern von den Vorzügen dieser Bildungseinrichtung und anschließenden Weiterbildungsmöglichkeiten zu informieren. Doppke geht davon aus, dass meistens die Schulleiter damit betraut sein werden und dies bei einer intensiven Beratung zu beträchtlichem zusätzlichem Zeitaufwand führen wird.



Schulrat Michael Doppke (53):
„Die juristischen Folgen des eingeschränkten Schulartwechsels sind ungeklärt.“ FOTO: BURMEISTER

Allerdings: Sobald die Beratung bescheinigt worden ist, steht es den Eltern frei, ihr Kind auf die jeweils nächst höhere oder niedrigere Schulstufe zu schicken. Das läuft ähnlich wie beim Schwangerschaftsabbruch: Nach Vorlage des Beratungsscheins kann die Abtreibung vorgenommen werden.

Eine weitere Einschränkung: In der Orientierungsstufe ist ein Schulartwechsel nur noch zum Schuljahresende möglich.

Hildegard Vink, Leiterin der Förderschule im Rellinger Schulzentrum Egenbüttel, befürchtet, dass die Einschränkungen eine Prozesswelle auslösen könnten. Das sieht ihre Kollegin Barbara Burton von der Halstenbeker Grundschule Bickbargen ähnlich. Schulrat Doppke räumt ein, dass die juristischen Folgen eines Verbots der zweistufigen Abweichung von der Empfehlung noch nicht geklärt sind. Der Schulrat betont jedoch, dass mehr als 90 Prozent der Empfehlungen zutreffend sind und dem Wohl des Kindes am besten entsprechen. Doppke warnt vor dem überzogenen Ehrgeiz mancher Eltern und verweist auf die vielfältigen Möglichkeiten bei entsprechender Eignung später noch einen qualifizierteren Schulabschluss zu erreichen.

Karsten Schneegeß, Leiter des kreiseigenen Wolfgang-Borchert Gymnasiums in Halstenbek, begrüßt die Neuregelung. Er rechnet nicht damit, dass es zu umfangreichen rechtlichen Auseinandersetzungen kommen wird. Bisher habe es nur sehr wenige Fälle gegeben, in denen Kinder mit Hauptschulempfehlung im Gymnasium eingeschult worden seien.

Fortbildung IHK in Zusammenarbeit mit dem s/vsh



Arbeitsgemeinschaft Bildung & Medien
norddeutscher Industrie- und Handelskammern

Strukturwandel in der Wirtschaft – Auswirkungen auf Arbeitsplätze und berufliche Qualifikationen

Donnerstag, 20. November 2003

15.30 Uhr	Begrüßung	Peter Dohm Geschäftsführer Geschäftsstelle Neumünster IHK zu Kiel
	und Einführung	Maren Böddener Schulleiterverband Schleswig-Holstein
15.40 Uhr	Strukturwandel in der Wirtschaft Auswirkungen auf Arbeitsplätze Und berufliche Qualifikationen	Prof. Dr. Thomas Rasmussen FH Stralsund
17.00 Uhr	Kaffeepause	
17.20 Uhr	Fortsetzung des Vortrags und Diskussion	
18.30 Uhr	ca. Seminarende	

Tagungsort: Innovations- und Technologiezentrum Neumünster itn,
Ilsahl 5, 24536 Neumünster
Tagungskosten entstehen nicht.

(Bitte abtrennen und per Fax an 04322 – 88 89 22)

Ich nehme an der Veranstaltung **Strukturwandel in der Wirtschaft – Auswirkungen auf Arbeitsplätze und berufliche Qualifikation** teil.

Name

Schule

Telefon

hier Belichtung aus
EXCEL-Tabelle

47.18.2

Mehr Zeit für gute Schule

Der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) ist die **Interessenvertretung** für Schulleiterinnen und Schulleiter, Stellvertreterinnen und Stellvertreter **aller** Schularten Schleswig-Holsteins. Ihm gehören zur Zeit mehr als 520 Mitglieder an. Unser Hauptziel ist es, die Rahmenbedingungen für Schulleitungen zu verbessern! Dabei machen wir deutlich, dass Führungsaufgaben **unverzichtbarer** Bestandteil von Schulleitungen sind. Gleichzeitig erarbeiten wir Konzepte für Schul- und Personalentwicklung und streben ihre Umsetzung an.



Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V.

Der s/vsh vertritt die Belange seiner Mitglieder gegenüber

- dem Ministerium
- der Schulaufsicht auf allen Ebenen
- den Schulträgern
- den Eltern- und Schülervertretungen
- den Personalvertretungen
- der Öffentlichkeit
- der Wirtschaft
- den Gewerkschaften
- allen demokratischen Parteien
- anderen Verbänden, ...

Der Schulleiterverband (s/vsh) - die größte und stärkste Vereinigung von Schulleitungsmitgliedern in Schleswig-Holstein - ist in den Jahren seit seiner Gründung im Jahre 1991 zum akzeptierten und geforderten Gesprächspartner der o.g. Institutionen geworden. Ziel des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein (s/vsh) war und wird auch zukünftig die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühles von Schulleitungen durch Gedankenaustausch und gegenseitige Unterstützung sein. Dafür wird weiterhin kontinuierlich daran gearbeitet werden, die Interessen des Schulleiterberufes in allen und für alle Schularten zu vertreten, wobei stets das Motto gelten wird:

Die Schulleitungen aller Schularten stärken und keine Schulleitung einer Schulart schwächen, denn: das schafft WIR-GEFÜHL, da im Kern alle Schulleitungstätigkeit aller Schularten gleich ist!

Gemeinsam sind wir stärker!

Werden auch Sie Mitglied im Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) und senden Sie noch heute Ihre Beitrittserklärung an die Geschäftsstelle¹ ab!

**Gemeinsam mit uns
Herausforderungen erkennen
Aufgaben anpacken
Probleme lösen**

¹ s/vsh

Geschäftsstelle · Klaus-Ingo Marquardt · Grundschule Wattenbek · Schulstraße 6 · 24582 Wattenbek

Beitrittserklärung

zum Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V. s/vsh

Name	Vorname	Geb. Datum		
Dienstbezeichnung/Funktion	Schulart	zuständiges Schulamt		
Name und Anschrift der Schule		Dienststellen-Nr.		
Dienst-Telefon	Dienst-Fax	Privat-Telefon	Privat-Fax	e-mail
Privatanschrift				
Ort, Datum		Unterschrift		

Ich bin damit einverstanden, dass der Jahresbeitrag von € 84,00 einmal jährlich im voraus von meinem Konto abgebucht wird.

Bankinstitut	Bankleitzahl	Kontonummer

Eintrittsdatum	Unterschrift

Ihre Wünsche, Anregungen, konstruktive Kritik sind uns wichtig und für eine effektive Verbandsarbeit unerlässlich. Also rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns.

Ich habe folgende Anregungen für die Verbandsarbeit

Ich biete meine Mitarbeit an (pauschal, zu bestimmten Themen, speziellen Aufgaben)

Ich wünsche mehr Informationen zu folgenden Themen:

Bitte zurück an: Schulleiterverband Schleswig-Holstein
Schulstraße 6
24582 Wattenbek
oder per Fax an: 043 22 - 88 89 22

Zur Binnenstruktur des finnischen Schulwesens

Thelma von Freymann

Mit Befremden, ja Bestürzung, verfolge ich, Finnländerin von Geburt, die Kommentare der deutschen Medien zum PISA-Erfolg Finnlands und die Schlussfolgerungen, die aus diesem Erfolg gezogen werden. Die entscheidenden Faktoren werden meist ignoriert, wenn aber überhaupt angesprochen, dann ungenau dargestellt oder so beiläufig erwähnt, dass keinem deutschen Leser ihr zentraler Stellenwert als Ursachen der finnischen Lernergebnisse klar werden kann. Es ist das Ziel dieses meines Beitrags, die wichtigsten dieser bisher vernachlässigten Faktoren in die Diskussion einzuführen.

Aus dem guten Abschneiden Finnlands sind im Wesentlichen zwei Schlüsse gezogen worden:

- Das finnische Schulsystem sei als solches effektiver als das dreigliedrige deutsche. Deshalb sei Letzteres abzuschaffen und ein Gesamtschulsystem einzuführen.
- Der von finnischen Lehrkräften gegebene Unterricht sei besser als der hierzulande übliche. Deshalb sei Lehrerfortbildung zu forcieren.

Wer so argumentiert, kann kein Finnisch und weiß nicht, wie Schule in Finnland funktioniert.

Das allgemein bildende Schulsystem in Finnland

Schulträger sind in der Regel die Gemeinden. Die Schulen haben eine sehr weitgehende Autonomie, sogar in Bezug auf den Lehrplan. Lehrkräfte sind nicht Beamte, sie werden zu einem großen Teil nach Bedarf eingestellt und entlassen. 40% aller finnischen Schulen haben weniger als 50 Schüler, 60% haben weniger als sieben Lehrkräfte. Über 500 Schüler haben ganze 3% aller Schulen. Schon daraus erklärt sich der finnische Erfolg zu einem guten Teil. Gerade die lernschwächeren Schüler gedeihen in einer intimen Lernumwelt weit besser als in einer anonymen.

Die Schulpflicht beginnt im Jahr des siebten Geburtstages und endet mit der 9. Klasse. Es gibt keine Sonderschulen, Sitzenbleiben gibt es de jure noch, es wird aber nur in extremen Ausnahmefällen verhängt und spielt für die Statistik keine Rolle. Das Schuljahr beginnt Mitte August und endet in den ersten Junitagen, die Sommerferien dauern also zweieinhalb Monate. Die Schulwahl ist frei, niemand muss sein Kind in die nächstgelegene Schule schicken, wenn er eine andere für besser hält..

Die erste Schulform ist die 6-jährige Unterstufe. Davon gibt es landesweit ungefähr 3.000. Die Klassenlehrerin unterrichtet meist alle Fächer außer den Fremdsprachen.

Die zweite Schulform ist die 3-jährige Oberstufe (Schuljahre 7-9). Davon gibt es landesweit ungefähr 600. Den Unterricht erteilen Fachlehrer.

Diese beiden Schulformen sind normalerweise institutionell getrennt. Beide unter einem Dach gibt es nur in Ballungsregionen und auch dort so selten, dass sie statistisch nicht ausgewiesen werden. Zusammen machen die beiden Schulformen die *peruskoulu* aus – wörtlich die "Grundschule". Diese wird in den deutschen Medien meist „Gesamtschule“ genannt, obwohl eine deutsche Gesamtschule die Jahrgänge 5-13 führt, nicht 1-9. Außerdem kann Letztere mehr als tausend Schüler haben und dann auch weit mehr als 100 Lehrkräfte – aus der Sicht finnischer Pädagogen die reine Barbarei. Die in Deutschland irreführenderweise „Gesamtschulen“ genannten finnischen Schulen sind dermaßen anders als deutsche Gesamtschulen, dass die Verwendung eines und desselben *terminus technicus* für beide Schulgestalten völlig falsche Vorstellungen einschleift. Aus diesem Grunde habe ich selbst den gängigen Sprachgebrauch nicht übernommen.

Die dritte Schulform ist die *lukko*. Davon gibt es landesweit ungefähr 400. Sie führt keine Jahrgangsklassen, sondern arbeitet mit einem reinen Kurssystem. Je nach Begabung, Fleiß und angestrebtem Notendurchschnitt kann man das Abitur nach zwei, drei oder vier Jahren ablegen. Dabei handelt es sich um ein scharfes Zentralabitur, bei dem nicht nur die Aufgaben

zentral gestellt, sondern auch die Arbeiten der Prüflinge zentral korrigiert werden. Ihre eigenen Lehrkräfte haben keinen Einfluss auf die Zensuren.

Der Notendurchschnitt ist von entscheidender Bedeutung, wenn man studieren will, denn das Abitur als solches begründet keinen Anspruch auf einen Studienplatz. Wenn das Zeugnis gut genug ist, kann man sich um einen solchen bewerben. Ob man ihn bekommt, entscheidet allein der zuständige Fachbereich. Die Überfüllung von Lehrveranstaltungen als Ausweg aus dem Kapazitätsdilemma steht außerhalb jeder Diskussion. Sie ginge ja auf Kosten der Ausbildungsqualität. In dem Studiengang, der dem hiesigen „für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen“ entspricht, bekommen normalerweise etwa 30 % der Bewerber einen Platz.

Das Schulpersonal

Zum Personal einer jeden Schule gehören nicht nur Schulleitung, Klassenlehrerinnen und Fachlehrkräfte. Die nachstehend genannten müssen mindestens einen Tag wöchentlich in der Schule präsent sein und sei sie noch so klein, in großen Schulen sind sie es täglich.

1. Eine Schulschwester. Sie ist ihrer Grundausbildung nach Krankenschwester, hat aber eine Zusatzausbildung für vorbeugende Gesundheitsarbeit. Das Berufsbild ist in Deutschland unbekannt.
2. Eine Kuratorin. Sie hat eine sozialpädagogische Ausbildung und ist für alle Probleme zuständig, die „sozialer“ Natur sind. Gibt es z.B. in einer Klasse Konflikte zwischen zwei Cliques, ist es nicht Sache der Klassenlehrerin, sich damit zu befassen. Sie schickt die Betreffenden zur Kuratorin, deren Kompetenz u. a. gruppen-therapeutische Methoden umfasst. Auch bei Problemen, die man nur in Kooperation mit dem Elternhaus angehen kann - z.B. Schwänzen - ist die Kuratorin zuständig, nicht die Lehrkraft.
3. Eine Psychologin. Oft gehen Kinder von sich aus zu ihr, nicht auf Grund einer Überweisung durch die Klassenlehrerin. Ein unter Schweigepflicht stehender Erwachsener, der Zuwendung und Kompetenz einbringt, mit dem man also über seine Probleme offen reden kann, ist für viele Kinder und Jugendliche ungeheuer wichtig. Die Klassenlehrerin hat dafür nicht einmal die Zeit, die ein „Klient“ braucht, von der Qualifikation gar nicht zu reden. Selbstverständlich kann die Schulpsychologin keine Psychotherapie im eigentlichen Sinne des Wortes leisten, aber sie ist für individualpsychologische Probleme zuständig. Beispiel: Eine gute Schülerin sackt in ihren Leistungen plötzlich ab. Sie ist nicht imstande, sich auf den Unterricht zu konzentrieren. Ihr Bruder hatte einen schweren Unfall und liegt für lange Zeit im Krankenhaus. Die Mädchen braucht nicht Lernhilfe, sondern Unterstützung bei der Verarbeitung ihres Kammers. Wenn sie die bekommt, wird sie sich auch wieder auf Lernprozesse einlassen können.
4. Eine Speziallehrerin. Ihre Ausbildung sieht folgendermaßen aus: Zuerst Klassenlehrerin, mindestens zwei Jahre Schulpraxis nach beendeter Ausbildung, dann ein Jahr an der Universität mit einem extrem intensiven Lehrplan, der von den psychologischen Grundlagen über diagnostische Kompetenz bis hin zu einer differenzierten Methodenpalette alles vermittelt, was sie für ihre Aufgabe braucht. Diese besteht darin, für die Schwachen unter den Schülern zu sorgen. Wenn ein Kind im Klassenunterricht nicht richtig mitkommt, wird sie erst einmal in die Klasse gerufen, beobachtet, was da läuft und berät die Klassenlehrerin. Ggf. übernimmt sie dann das Kind für bestimmte Stunden und gibt ihm gezielten Einzelunterricht oder Kleingruppenunterricht. In den Inhalten bzw. Verfahren, die es nicht bewältigt. Oft hat es nach kurzer Zeit wieder den Anschluss an die Klasse. Das ursprüngliche Organisationsmodell sah für je drei Klassen eine Speziallehrerin vor. Heute ist die Wirklichkeit davon recht weit entfernt, hauptsächlich, weil es an Lehrerinnen mit Spezialausbildung mangelt, aber z.T. auch aus finanziellen Gründen.

5. In Schulen mit größeren Lerngruppen gibt es eine unbestimmte Anzahl von Assistenten, die keine Ausbildung haben und auf Stundenbasis arbeiten. Das können z. B. Abiturienten sein, die auf einen Studienplatz warten oder Hausfrauen, die ihren Beruf nicht ausüben. Sie arbeiten nicht eigenverantwortlich und sind kein Ersatz für eine fehlende Speziallehrerin, dennoch aber eine große Entlastung für die Klassen- oder Fachlehrerin
6. „Küchenpersonal“. In jeder Schule gibt es Küche und Speisesaal. Die Kinder bekommen täglich eine volle Mahlzeit.

Die Förderung der schwachen Schüler

Gelingt es nicht, Lernprobleme mit einer beschränkten Zahl von Stunden bei der Speziallehrerin zu beheben, schreibt das Gesetz vor, dass die Spezialkonferenz sich des Falles annimmt. Diese tagt einmal monatlich und besteht aus der Schulleitung, der Klassenlehrerin, ggf. der Fachlehrerin, allen eben unter 1. - 4. genannten Mitgliedern des Kollegiums sowie dem Schularzt. Zunächst ist zu klären, ob den Lernproblemen des Kindes gesundheitliche Störungen zugrunde liegen. Wenn ja, ist der Schularzt zuständig, und die Eltern werden informiert. Ist das Kind nicht in diesem Sinne krank, sucht die Konferenz weiter nach den Ursachen seiner Lernprobleme und entwirft einen Plan, wie ihm zu helfen sein. Nach vier Wochen steht der Fall erneut auf der Tagesordnung. Die Frage heißt: Haben die Maßnahmen „gegriffen“? Wenn nicht. Wie soll es weitergehen? Eine Möglichkeit ist z. B. dass für dieses Kind ein eigener Lehrplan erstellt wird. Dann sind nicht alle Lernziele der Klasse auch seine individuellen Lernziele.

Kooperation der Eltern ist dringend erwünscht. Verweigern sie aber diese, muss die Schule eben ohne auskommen. Auf keinen Fall darf sie einen Schüler im Stich lassen, der zu seinem Unglück uneinsichtige Eltern hat. Rechtssubjekt ist hier das Kind, es hat einen gesetzlich festgeschriebenen Anspruch darauf, dass seinem Bedarf an Aufmerksamkeit, Förderung, Stützung, Rechnung getragen wird. Der Fall Robert Steinhäuser wäre in Finnland nicht denkbar. Lange vor Eintritt der Katastrophe wäre ein solcher Schüler ins Visier der Spezialkonferenz geraten.

Die innersystemische Diversifikation

Für das Schulsystem insgesamt gilt, dass es zwar für ausländische Beobachter, die keine der beiden Landessprachen verstehen, nach Gleichheit aussieht, dass dies aber eine Art optischer Täuschung ist. In Finnland ist jede Schule verpflichtet, dem örtlichen Bedarf entsprechend ihr eigenes Schulprofil zu entwerfen und zu realisieren. Den Lehrplan entwickelt im Rahmen sehr „weitmaschiger“ Vorgaben – jedes Kollegium selbst.

Dies führt dazu, dass die Unterschiede zwischen den rein formal gleichförmigen Schulen viel größer sind als die Unterschiede zwischen Schulen gleicher Schulart in Deutschland. Die Ergebnisse der neuesten landesweiten Evaluierung von Schulen wurden am 11. 5. 2002 publiziert und in der finnischen Presse weit intensiver diskutiert als die PISA-Ergebnisse. Die Schüler konnten maximal 100 Punkte erlangen. In manchen Schulen lag der Durchschnittswert bei 85 Punkten, in anderen bei 40 Punkten. Eine bestimmte Leistung wird in einer anspruchsvollen Schule mit 6 bewertet, d. h. auf der siebenstufigen Skala (4-10) um zwei Noten über „durchgefallen“. In einer anspruchslosen Schule wird aber dieselbe Leistung mit 9, also der zweithöchsten Note, belohnt. Und in dieser Differenz kommt nicht etwa ein Gefälle zwischen Stadt und Land zum Ausdruck: zwar gibt es ein solches Gefälle, es ist aber so gering, dass es schulpolitisch keinen Anlass zu Sorgen bietet. Nein. Das kritische Gefälle zeigt sich zwischen Schulen in größeren Städten bzw. Ballungsgebieten, dort, wo es so viele Schulen gibt, dass man zwischen unterschiedlichen Profilen eine echte Wahl hat.

Die hierzulande weitverbreitete Vorstellung, dass finnische Schulen mit Hilfe binnendifferenzierender Unterrichtsmethoden in sich ausgesprochen heterogene Klassen bedienen, ist also falsch. Die Schülerströme in Ballungsgebieten sortieren sich auf Grund der curricularen Profilierung, dem Fremdsprachenangebot und der freien Schulwahl so, dass manche Schulen mehr oder weniger einem deutschen Gymnasium entsprechen (und das schon spätestens ab Klasse 3, nicht etwa erst ab Klasse 5!), andere eher einer deutschen Hauptschule. Soviel zum Stichwort Gesamtschule!

Das Zentralamt für Unterrichtswesen hat vor, in den nächsten Jahren Richtlinien für die neun Jahre der Schulpflicht zu erlassen und so die curriculare Selbstständigkeit der Schulen einzuschränken. Sie sind mittlerweile allzu weit auseinander gedriftet. Aber die Profilbildung soll erhalten bleiben.

Die Fremdsprachen im finnischen Schulsystem

Finnische Stundentafeln sind extrem sprachenlastig. Die erste Fremdsprache beginnt spätestens in Klasse 3, die zweite in Klasse 5, die dritte in Klasse 7. Die jeweils andere Landessprache und Englisch sind Pflicht für alle, die ein Abschlusszeugnis der peruskoula erwerben wollen. Weitere Fremdsprachen sind wahlfrei, man kann aber in Finnland nichts Interessantes werden, wenn man sich mit den beiden Pflichtsprachen begnügt. Die Sprachenfolge ist frei. Zwar muss die erste Fremdsprache erst im 3. Schuljahr zwingend angeboten werden, ein Beginn in Klasse 1 ist aber gesellschaftlich erwünscht und kommt auch immer häufiger vor. Es gibt sogar Schulen, die einen „englischen Zug“ führen. Der setzt voraus, dass die Kinder schon im Kindergarten Englisch lernten.

Ob ab Klasse 3 die jeweils andere Landessprache angeboten wird oder Englisch, oder ob eine der schweren Sprachen: Deutsch, Französisch oder Russisch, das entscheidet jede Schule selbst, natürlich unter Berücksichtigung der Nachfrage und mehrzügige Schulen stellen in den Parallelklassen verschiedene Wege zur Wahl. Seit einigen Jahren fördert der Staat die drei letztgenannten Sprachen mit Nachdruck, weil sie vorher so wenig gewählt wurden, dass der gesellschaftliche Bedarf nicht gedeckt werden konnte. Weitere Fremdsprachenangebote gibt es je nach Interesse der Schüler und Ressourcen der Schule. Spanisch und Italienisch kommen öfter vor. Exotisches wie etwa Japanisch ist die Ausnahme.

Wie man sich vorstellen kann, wird kein Elternpaar einem sprachlich nicht sonderlich begabten Kind ab Klasse 3 eine so schwere Sprache wie z. B. Deutsch zumuten, wenn doch auch Leichteres zu haben ist. Im Übrigen gibt es natürlich auch Schulen mit z. B. mathematisch-naturwissenschaftlichem oder musikischem Profil, ja sogar mit Sportprofil. Die Verteilung der Schüler auf die derart unterschiedlichen Schulen regelt sich durch die freie Schulwahl und die folgt natürlich dem Profil.

Dies genügt wohl, um deutlich zu machen: Das System fungiert nach dem Motto „Lasst 1000 Blumen blühen“. Rein als solches taugt es wohl kaum als Erklärung des finnischen PISA-Erfolges. Und in einem Land wie Deutschland, ohne Zentralabitur, aber mit 80 statt 5 Millionen Einwohnern, liefe es wahrscheinlich auch schnell aus dem Ruder. Im Übrigen würde jeder Versuch, es zu kopieren, allein schon am deutschen Beamtenrecht und der GEW scheitern. Das System funktioniert nur unter der Voraussetzung, dass Lehrkräfte nach Bedarf eingestellt und entlassen werden können.

Geben finnische Lehrkräfte besseren Unterricht?

Die zweite Erklärung, die in der deutschen Presse breiten Raum eingenommen hat, lautet: Finnische Lehrkräfte geben eben besseren Unterricht.

Dem ist nicht so. Es gibt in Finnland wie überall sowohl sehr gute als auch weniger gute Lehrkräfte. Aber dass die finnischen Lehrkräfte im Durchschnitt professioneller arbeiten als

ihre deutschen Kollegen, ist barer Unsinn. Die Kunde von den Reinkarnationen Pestalozzis, die nördlich der Ostsee im Fleische wandeln und wirken, wo immer das Wort KOULU über einem Portal prangt, hat sich vermutlich dadurch verbreitet, dass das Zentralamt, wenn ausländische Besucher finnische Schulen von innen sehen wollen, solche Gäste selbstverständlich nicht in irgendeine beliebige Schule schickt, sondern dorthin, wo sie das zu sehen kriegen, was sie erwarten. Modernste, höchst eindrucksvolle Schularchitektur und –ausstattung sowie ausgewählte, von exzellenten Lehrkräften geführte Klassen. Aber was sich da eigentlich abspielt, kriegen die ausländischen Hospitanten natürlich nur zu einem Teil mit: Finnisch können sie alle nicht.

Ich selbst besorge mir meine Hospitanten nicht über irgendeine offizielle Instanz, sondern über private Kanäle, und so sehe ich dann auch nicht die pädagogischen Zugspitzen, sondern den ganz gewöhnlichen Schulalltag. Und der ist auch in Finnland nicht von Glanz und Spannung erfüllt. Die Methodik ist schon anders als hierzulande, darüber aber nicht unbedingt besser.

Was hierzulande verbessert werden muss, sind nicht in erster Linie die Unterrichtsmethoden, sondern die institutionellen Bedingungen in den Schulen und zwar in allen Typen. Solange die so bleiben, wie sie sind, wird keine Lehrerfortbildung dazu führen, dass die deutschen Schüler international konkurrenzfähig werden.

Erklärungen für die guten Ergebnisse der finnischen PISA-Probanden

Warum können finnische Jugendliche so viel besser lesen als deutsche, wenn doch finnische Lehrkräfte nicht besseren Unterricht geben als die hiesigen? (Ich beschränke mich hier auf den Aspekt „Lesen“, aber dass viele der folgenden Punkte auch für andere Fächer gelten, liegt auf der Hand)

- Dank bestimmter soziokultureller Bedingungen, die es anderswo so nicht gibt, und
- Dank bestimmter innerschulischer Faktoren

1. Soziokulturelle Bedingungen

- 1.1 Finnland hat lange, kalte und dunkle Winter und darum von alters her eine Lesetradition, für die südlich der Ostsee keine Entsprechung existiert. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Analphabetenrate Finnlands die niedrigste der Welt, 3,8 %. Es wird einfach sehr viel mehr gelesen als in Deutschland. Der hohe gesellschaftliche Stellenwert des Lesens färbt auf die Wahrnehmung von Kindern ab und trägt zu ihrer Motivation bei.
- 1.2 Finnisch liest sich unvergleichlich leichter als Deutsch, denn die Orthographie ist vollkommen phonetisch. Dass da s-i-e-b steht, man aber s-i-i-p lesen muss, kommt nicht vor. Jedem Laut entspricht ein und nur ein Buchstabe. Niemals kann ein und derselbe Buchstabe einmal diesen, einmal jenen Laut bezeichnen wie im Deutschen (Vase, Vater). Einen 15-jährigen Schüler, der viel liest, stört die deutsche Orthographie natürlich nicht mehr, sehr wohl aber dürfte sie bei der Leseleistung jener Probanden eine Rolle spielen, die die PISA-Studie als "Risikogruppe" bezeichnet. (Das sind diejenigen, die die unterste Lesekompetenzstufe des Tests nicht überschreiten oder gar nicht erst erreichen.)
- 1.3 Ausländische Fernsehbeiträge und Kinofilme werden nicht synchronisiert, sondern untertitelt. Gerade diejenigen, die am wenigsten Bücher lesen, aber am meisten vor dem Fernseher sitzen, absolvieren also ein tägliches Training schnellen, sinnerfassenden Lesens. Da sie das freiwillig tun, – sie wollen ja fernsehen! – ist der Effekt erheblich.
- 1.4 Die Ausländerrate liegt in Finnland bei knapp 2 %; im Binnenland gibt es in den Schulen praktisch keine Kinder ausländischer Muttersprache. Außerdem wird jedem Kind, das aus dem Ausland kommt, von Staats wegen eine Landessprache beigebracht, ehe es in eine normale Klasse gewetzt wird. Schüler, die dem Unterricht aus sprachlichen Gründen nicht folgen können, gibt es also nirgends.

- 1.5 Die Bevölkerung Finnlands ist, von der Ballungsregion abgesehen, noch immer in hohem Maße homogen. Die Differenz zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen „nach Steuern“ ist die geringste aller entwickelten Länder („vor Steuern“ liegen auf Platz 1 die Schweden), Reichtum der Größenordnung, für die in Mitteleuropa jahrhundertlang Namen wie etwa Thurn und Taxis stehen, existiert im 1917 erst selbständig gewordenen Finnland überhaupt nicht. Jede normale Schulklasse im finnischen Binnenland setzt sich aus Kindern zusammen, deren soziales und mentales Erbe ein weitgehend gemeinsames ist. Selbstverständlich gibt es auch in einer mittelfinnischen Kleinstadt Ärzte und Apotheker, Lehrer und Juristen einerseits und andererseits Busfahrer, Hausmeister und Briefträger. Aber ein Proletariat gibt es nicht, nicht einmal ländliches. Jede Lehrkraft kann sich darauf verlassen, dass die Werte und Normengefüge, das von frühester Kindheit an in den Köpfen der Schüler verankert ist, im Prinzip intakt ist, auch wenn – selbstverständlich! – Kinder in Finnland, wie überall auf der Welt, nicht von morgens bis abends einfach „artig“ sind. Keine binnenfinnische Lehrkraft hat es mit dem grellbunten Flickenteppich der Mentalitäten zu tun, auf dem ihre deutschen Kollegen sich bewegen müssen, und das eben nicht nur in Großstädten, sondern zumindest in Westdeutschland praktisch überall. Was das für das Arbeitsklima und damit für die Effektivität von Lernprozessen bedeutet, macht im wahrsten Sinne des Wortes „unermesslich“ viel aus. Finnische Lehrkräfte, die aus der Ballungsregion ins Binnenland umziehen und dort unterrichten, wissen davon ein Lied zu singen, und der Refrain lautet „Hier ist gut sein! Hier kann man noch richtig Schule halten!“

Dass nicht mehr als 1,5 Millionen Einwohner Finnlands unter „mitteleuropäischen Bedingungen“ leben und alle übrigen unter traditionell finnischen, dürfte ein wesentlicher Erklärungsfaktor für die PISA-Ergebnisse sein. Die hohe Plausibilität dieser These wird auch im Zentralamt für Unterrichtswesen gesehen, im Gespräch mit ausländischen Besuchern jedoch meist nicht hervorgehoben, weil man ihnen dann zu viel Erklärungen zu Finnlands Geographie, Demographie, Kultur und Sozialgeschichte zumuten müsste. So bleibt der Zusammenhang den deutschen Rechercheuren meist verborgen.

2. Innerschulische Faktoren

- 2.1 Die durchschnittliche Klassenfrequenz beträgt in Finnland 19,6, in Deutschland 24,1.
- 2.2 Es gibt keinen nennenswerten Unterrichtsausfall. Jeder Schulträger hat eine „Vertretungsreserve“. Voll ausgebildete Lehrkräfte, die sofort einspringen, wenn eine Lehrkraft erkrankt. Dies schlägt besonders in Bezug auf die schwächeren Schüler zu Buche, denn sie sind es ja, die durch Unterrichtsausfall besonders benachteiligt werden.
- 2.3 Lehrkräfte können ihre ganze Kraft in den Unterricht investieren, denn anders als hierzulande ist es ja nicht ihre Aufgabe, sich nebenher ganz anderen Dingen zu widmen. Psychologen und Kuratoren sind selbst in kleinen Schulen niemals „Gäste von außerhalb“, sie gehören auch dann zum Kollegium, wenn sie nicht täglich in gerade dieser Schule sind, sondern an verschiedenen Wochentagen an verschiedenen (kleinen!) Schulen. Die beiden Fachkräfte für außerunterrichtliche Probleme in der Schule entlasten die Lehrkräfte ganz enorm und tragen so dazu bei, dass in den Stunden effektiv gearbeitet werden kann.
- 2.4 Wenn die Schule große Klassen hat - d.h. solche mit mehr als 18-20 Schülern – stellt sie Assistentinnen auf Stundenbasis ein. Diese haben keine einschlägige Ausbildung (es sind z. B. Mütter oder Abiturientinnen, die auf einen Studienplatz warten) und dürfen nicht selbständig arbeiten. Sie gehen aber mit einer Lehrkraft in die Klasse und betreuen dort nach ihrer Anweisung Schüler, die dem Unterricht nicht folgen können oder wollen. Sie können sich z.B. neben einen Störer setzen und mit ihm arbeiten oder mit einer kleinen Gruppe in einen anderen Raum gehen. Auf keinen Fall soll die Lehrkraft von ihrer Aufgabe, der ganzen Klasse etwas beizubringen, dadurch abgelenkt werden, dass einzelne Schüler ihre Aufmerksamkeit voll für sich in Anspruch nehmen.

2.5 Der entscheidende Faktor ist das Fördersystem. Innerhalb der Regelschule erfasst es pro Jahr 16 % - 17 % aller Schüler, und das Zentralamt für Unterrichtswesen beklagt, dass die finanziellen Ressourcen diesen Prozentsatz begrenzen. Er deckt den Bedarf nicht. Wenn schwache Schüler sofort erfasst und einzeln zielgenau unterrichtet werden, brauchen sie auch im schlimmsten Fall – d.h. wenn sie solche Hilfe im Lauf des Schuljahres mehrfach und in verschiedenen Fächern benötigen – nicht ein ganzes Jahr länger in der Schule herumzuhängen. Übrigens ist Sitzenbleiben nicht nur für das betroffene Kind in vielen Fällen dysfunktional. Es ist auch für die Gesellschaft unökonomisch.

Konsequenzen

Wenn man bedenkt, dass in Deutschland nur rund 4 % der Schüler die Sonderschule besuchen und den restlichen schwachen Schülern nach finnischen Maßstäben also mindestens 12 % - keinerlei besondere didaktische Fürsorge zu Teil wird, braucht man sich über die Größe der von PISA ausgemachten Risikogruppe nicht zu wundern. Keine finnische Klassenlehrerin begreift, dass von ihrer deutschen Kollegin erwartet wird, dem Problem schlicht durch „binnendifferenzierten Unterricht“ beizukommen. Dass das im Rahmen des Klassenverbandes, noch dazu ohne Spezialkompetenz in Diagnostik und Methodik (!), nicht geht, versteht sich in Finnland von selbst.

Prinzipiell könnte man das finnische Förderverfahren, mindestens aber Stellen für Speziallehrkräfte, in Deutschland einführen, ohne das gesamte Schulsystem umzubauen. An einzelnen Versuchsschulen wäre es sogar relativ schnell zu machen, und der Erfolg ließe sich auch binnen weniger Jahre schon messen. Was fehlt, ist der politische Wille zu solchen Maßnahmen. Den Lehrkräften den Schwarzen Peter zuzuschieben, ist bequemer und billiger.

Aber es bringt nichts. Wenn Deutschland in Sachen Bildung international aufholen will, muss es

- allen Immigrantenkindern Deutsch beibringen und
- allen schwachen Schüler systematisch helfen.

Dass das nicht aus dem Stand heraus flächendeckend möglich ist, versteht sich. Aber an welcher Stelle eine neue Schulpersonalpolitik ansetzen müsste, sieht jeder Pädagoge in der Grundschule. Dort werden die Fundamente für den künftigen Bildungsgang eines jeden Kindes gelegt. Es ist die personelle Besetzung der Schule, von der alles andere abhängt. Nur Lehrkräfte, die sich auf ihre eigentlich Aufgabe konzentrieren dürfen, den Unterricht also, können diese Aufgabe auf die Dauer mit professioneller Effizienz erfüllen. Wer Sozialarbeiterin, Psychologin, Klassenlehrerin und Speziallehrerin in einer Person sein soll, kann keines davon so sein, dass das Resultat die Bedürfnisse der Schüler und Gesellschaft befriedigt. Das Burnout-Syndrom bedroht jede Lehrkraft, die einen solchen Spagat versucht. Wer dafür eintritt, in Deutschland flächendeckend Gesamtschulen einzuführen, den frage ich: „Treten Sie dann auch dafür ein, dass

1. die zulässige Schulgröße deutlich unter 1000 festgelegt wird?
2. Schulen weitgehende Autonomie erhalten und zu Profilbildung verpflichtet werden?
3. die bis dato gesetzlich festgeschriebene Sprachenfolge freigegeben wird?
4. Eltern unabhängig von Ihrer Adresse entscheiden dürfen, auf welche Schule sie ihr Kind schicken?“

Schluss

Nicht die formale Gestalt der „Gesamtschule“ ist es, die Deutschland sich bei den Finnen anschauen sollte, sondern die intrasystemische Differenzierung, die begabungsgerechte Wege ermöglicht, und die personalintensiven binnenschulischen Strukturen zur Förderung der Schwachen. Führt man Letzteres ein, erübrigt sich hierzulande ein Umbau des gesam-

ten Schulsystems (welcher ja im Interesse der Schwachen gefordert wird), denn dann ist es ziemlich gleich, wie die Schule heißt. Führt man die flächendeckende Gesamtschule ein, erspart ihr aber die Profilverpflichtung, dann gibt es keine intrasystemische Differenzierung und die nächste bildungspolitische Katastrophe wird binnen wenige Jahre eintreten wie das Amen in der Kirche. Erhält man das dreigliedrige deutsche System, erspart sich aber die Einführung gezielter Strategien zur Förderung der "Risikogruppe", wird alle Lehrerfortbildung umsonst sein: das Weiterbestehen von Realschule und Gymnasium trägt zum „Abschmelzen“ der Risikogruppe nicht bei. Bei künftigen internationalen Vergleichsuntersuchungen wird Deutschland um nichts besser dastehen als bei PISA 2000.

DASS man von meinen finnischen Landleuten lernen kann, bestreite ich nicht. Aber WAS man von ihnen lernen könnte und sollte, darüber bin ich bereit, mit den meisten deutschen Kommentatoren zu streiten. So mancher kocht da sein eigenes politisches Süppchen auf dem finnischen Feuer, und gar nicht wenige haben auf unzureichender Informationsbasis Schlüsse gezogen und Schnellschüsse abgegeben.

Allerdings ist es ein Gebot der Fairness, zu guter Letzt auch zu sagen: Wenn man weder Finnisch noch Schwedisch kann und nolens volens auf offizielles Material und behördliche Kontaktvermittlung angewiesen ist, dann hat man schlechte Karten. Wenn ich mir vorstelle, ich müsste in Japan recherchieren ...! Das Land der Lachse, Mücken und Rentiere, wo sich im endlosen Wald nur hier und dort ein mökki versteckt und in dem mökki ein Mensch, ist reichlich plötzlich zum Bildungswunderland mutiert. Dass da von geschickten Mitteleuropäern mancher Unsinn publiziert wird, darüber würde ich als Finnländerin ja nur lachen, und das von Herzen belustigt, Dass ich nicht lache, sondern einen Artikel mit diesen schreibe, liegt nicht an meiner Humorlosigkeit. Es liegt daran, dass es bei alledem um etwas sehr, sehr Wichtiges geht: um Politik.

Literatur:

Eine gründliche Darstellung des finnischen Schulsystems mitsamt seinen demographischen, historischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen enthält:

Thelma von Freymann, Schule an der europäischen Peripherie. Bildungs- und Sprachenpolitik in Finnland, In: Zeitschrift für internationale Erziehungs- und sozialwissenschaftliche Forschung 1998/1.

Zur Autorin:

Thelma von Freymann, Diekolzen 3, Akad. ORin i.R. aus Finnland gebürtig, deutsches Staatsexamen I + II, Schuldienst, Verlagstätigkeit (Klett), 1975-1995 als Mitglied des Instituts für Angewandte Didaktik an der Universität Hildesheim im Studiengang „Lehramt an Grund- und Hauptschulen“ tätig.

Der Artikel wurde übernommen aus: DIE SCHULLEITUNG, Heft 2-2003

Die letzte ... ? - Das Letzte!

Ekkehard Klahre

Genug ist noch lange nicht genug?

(Rein polemische Gedanken zur Schul- und Bildungspolitik)

Seit der Bekanntgabe einer gewissen Studie und den dadurch ausgelösten Diskussionen überschlagen sich in unserem Lande die Ereignisse. Leider hat es unser Ministerium versäumt, den eigenen Überlegungen zu folgen und es gibt genau das, was eigentlich vermieden werden sollte: Jede Menge blinden Aktionismus! Als Hilfe, nur so zur Stützung Ihres Erinnerungsvermögens, das wahrscheinlich inzwischen ähnlich strapaziert ist wie das meine, ein kleiner, sicher unvollständiger Katalog mit Schlagworten ohne zeitliche (dafür aber in alphabetischer) Reihenfolge:

1. Abitur in 12 Jahren
 2. Budgetierung
 3. Controlling
 4. EVA
 5. EVIT
 6. Ganztagschule
 7. Geld statt Stellen
 8. IGLU
 9. IPTS wird IQSH
 10. Jede Stunde zählt
 11. Kürzung des Weihnachtsgeldes (ja, ja, unser ehemaliger Staatssekretär hatte schon immer eine besondere Vorliebe für uns Beamte!)
 12. Lehrerarbeitszeitmodell und damit einhergehend eine kräftige Anhebung des Stundendeputats (Ach nein, das waren ja die hanseatischen Nachbarn! So etwas würde unserer Regierung doch nie einfallen, oder!?)
 13. Lernpläne
 14. Mitarbeitergespräche
 15. Neuordnung der Lehrerausbildung
 16. ODIS
 17. Orientierungsstufenordnung
 18. PISA (Entschuldigung für die Erwähnung, aber weglassen kann man's auch schlecht)
 19. Rückmeldung für Führungskräfte
 20. Schulautonomie (wo?)
 21. Schulprogramm (oh, das war ja noch vor dieser „Toskana-Geschichte“!)
 22. schulscharfe Einstellungen
 23. Streichung des Urlaubsgeldes (schließlich sind Deutschlands Lehrkräfte viel zu hoch bezahlt - aber „wenn wir wollen, können wir das ändern!“)
 24. Verlässliche Grundschule
- usw.. usw.. usw.. usw.. usw.. usw.. usw.. usw.. usw.. usw.. usw.. usw.. usw.

Tja, und auch das, was wir als erfahrene Lehrerinnen und Lehrer bereits seit längerer Zeit erahnt haben, ist schließlich eingetreten (den Letzten beißen eben die Hunde!): Nicht die Bundesregierung ist für das Debakel verantwortlich, die sich ein Bildungsministerium mit einer sehr teuren KMK (Kultusministerkonferenz) hält. Selbige sollte nämlich eigentlich für ein zumindest nach außen stimmiges Bildungssystem auf föderalistischer Basis in unserem Lande sorgen. Nicht unser Landesministerium schämt sich, weil es die Schulen durch Gesetze, Lehrpläne, Verordnungen und Erlasse schließlich zu dem gemacht hat, was sie sind – übrigens zu **derselben** Landesregierung gehörend, die sich aus rein politischen

Erwägungen den Luxus zweier gleichzeitig und parallel laufender Schulsysteme leistet, aber darüber klagt, dass sie quasi pleite ist. Auch eine Gesellschaft, die viele ihrer Kinder unter dem Deckmäntelchen einer freundschaftlichen und partnerschaftlichen Erziehung (Originalton: „Das Kind soll entscheiden, ob ich mich von meinem Mann trenne oder nicht!“) sich selbst überlässt, anstatt aktiv Vorbild zu leben und sich anschließend wundert, wenn diese Kinder letztendlich ihre eigenen Idole suchen, die dann häufig so gar nicht dem entsprechen, was sich die Gesellschaft von ihnen wünschen würde. Eine Gesellschaft, die größtenteils alles hat, satt ist und sich selbst auslebt, von ihrer Jugend jedoch verlangt, idealistisch, ethisch einwandfrei und jederzeit leistungsbereit zu sein – ihnen aber Lehrstellen, Zukunftsaussichten und Perspektiven vorenthält. Nicht die Wirtschaft hat den schwarzen Peter, obgleich sie jahrzehntelang peinlichst vermieden hat, sich an der Bildungsdiskussion konstruktiv zu beteiligen und erst jetzt lauthals protestiert, wobei meiner Meinung nach noch lange nicht entschieden ist, ob Schule Allgemeinbildung vermitteln oder Zulieferbetrieb für die Wirtschaft sein soll.

Nein, es ist nicht nur für die Medien eindeutig und klar: Wir Lehrkräfte sind schuld an der gesamten Misere. Warum haben wir uns auch an die Gesetze und Vorgaben gehalten? Weshalb haben wir nicht schon lange protestiert, dass wir zu Beamten gemacht wurden, die weder Streikrecht noch Mitbestimmung kennen, dafür aber „Dienstpflicht, Treue und Aufopferung“ gelobt haben. Wir sind unflexibel – aber was kann man auch von Lehrkräften erwarten, die zu alt (ist das etwa schon Altersstarrsinn?) und außerdem viel zu hoch bezahlt sind? Wir hätten den Job und das viele, viele Geld einfach nicht annehmen dürfen!

Und nun auch noch die Ergebnisse der neuesten OECD-Studie: Die Bildungsmisere ist schuld an der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und wer war doch gleich schuld an der Bildungsmisere? Nun führen uns diese unfähigen, überalterten und überbezahlten Lehrer also nicht nur in den Bildungs-, sondern auch noch in den wirtschaftlichen Notstand.

Überhaupt die Wirtschaft: Sie wusste es auch schon immer besser! Zuerst warf man den Schulen vor, sie würden nur reines Fachwissen vermitteln, die Schülerinnen und Schüler bräuchten aber ganz andere Kompetenzen: Sie müssten selbstbewusst ihre Anliegen vortragen, Referate und Berichte verfassen und sich präsentieren können... Nun plötzlich fehlt den Schülerinnen und Schülern das einfachste Grundwissen, sie könnten „nur noch diskutieren und debattieren, haben aber von der Materie keine Ahnung und benehmen können sie sich auch nicht mehr“. Auf ein- und derselben Veranstaltung, gefragt nach dem geforderten Grundwissen im Fach Mathematik, das Realschülerinnen und –schüler in die Lehre mitbringen sollten, antwortete eine Personalchefin, Grundrechenarten und sichere Rechtschreibung würden reichen (also könnte eigentlich die Lehre nach dem Ende der Grundschule beginnen, was die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft enorm steigern würde!!), während gleichzeitig ihr Kollege beklagte, mangelhafte Trigonometrie- und Arithmetikkenntnisse würden die Ausbilder zu monatelangem Nachhilfeunterricht zwingen.

Aber zum Glück haben wir ja die Politik! Neben all den „effektiven“ Maßnahmen (siehe oben!), die unser Ministerium fast hysterisch in Gang setzt, geht nicht nur Schleswig-Holstein oder Deutschland, sondern nun auch ganz Europa einheitlich in eine Richtung, die Weichen sind gestellt! Der Anfang ist gemacht:

- Während das Ministerium einen Schwerpunkt im Bereich der Förderung von Schülerinnen und Schülern sieht, um das vorhandene Bildungspotential auszuschöpfen (Lernpläne etc.), werden gleichzeitig die zugewiesenen Lehrerstunden seit Jahren in schöner Regelmäßigkeit gekürzt, spezieller Förderunterricht (z.B. Legasthenie) wird als überflüssig erachtet, da „das ja im Rahmen des normalen Unterrichts gleich mit geleistet werden kann“.

- Während sich das gleiche Ministerium eine stärkere Einbindung der Eltern in die Erziehungsarbeit bzw. Verantwortlichkeit vorstellen kann, wünschen sich über 80% der Bevölkerung (!) Ganztagschulen, weil sie dann mehr Zeit für sich und ihre berufliche Karriere haben.
- Während die offizielle Stundentafel vor einigen Jahren das Minimum von Unterricht beschrieb, wird nun deren Gültigkeit entweder gleich ganz geleugnet oder aber es wird darauf hingewiesen, dass die dort angegebenen Stunden auf keinen Fall (!) überschritten werden dürfen.
- Während wir auf den Stufenlehrer zustreben (geplant: kein Schulwechsel mehr „nach unten“ ab Klasse 7) und der Orientierungsstufe mehr Gewicht verleihen, schafft Niedersachsen nicht nur die eigenständigen Orientierungsstufenschulen, sondern mehr oder weniger die ganze Orientierungsstufe ab und fordert schulartspezifischen Unterricht ab Klasse 5.
- Während wir das Sitzen bleiben zumindest stark reduzieren wollen, will Spanien das Sitzen bleiben wieder einführen, um die Pisa-Testergebnisse zu verbessern.
- Während die sehr erfolgreichen PISA-Sieger Japan und Südkorea reine Paukschulen unterhalten, die den Eltern für viel Geld teuren „Frühunterricht“ für ihre zweijährigen Nachkommen, im Extremfall sogar für noch gar nicht geborene Kinder verkaufen und die Highschools eine Selbstmordrate aufweisen, die uns die Haare zu Berge stehen lässt, spricht unsere Regierung nur von Finnland oder Schweden, weil das besser in unseren europäischen Rahmen passt (O-Ton Ministerium!), obgleich die allerdings mehr als dreißig Jahre bei hohem finanziellen Aufwand gebraucht haben, um dort zu stehen, wo sie jetzt sind - haben wir denn soviel Zeit und Geld?

Fazit: Was passiert hier eigentlich im Lande? Ist es wirklich nur die Sorge um unsere Jugend? Geht es wirklich nur um eine bessere Ausbildung? Um eine Erhöhung der Chancen für die Zukunft? Oder ist es nicht eher auch ein Ausdruck von Hilflosigkeit einer gesellschaftlichen Entwicklung gegenüber, die erst viel zu spät erkannt wurde und von der man nun nicht weiß, wie man ihr begegnen soll? Einer Gesellschaft, die ihre Kinder vom Staat erzogen haben möchte, weil sie dazu nicht nur zeitlich nicht mehr in der Lage ist (Stichwort: Erziehungsführerschein)? Können wir wirklich durch eine veränderte Schule das auffangen, was unsere Jugend dank zunehmender Globalisierung wahrscheinlich sehr bald an Konkurrenz erleben wird: Millionen von bildungshungrigen Jugendlichen, deren Motivation unendlich hoch ist, denn sie besteht vor allem darin **zu überleben**, aus den Slums herauszukommen, es einmal besser zu haben als die letzte Generation vor ihnen? Ich glaube – nein, ich **weiß**, dass das „Abenteuer Bildung“ gerade erst begonnen hat. Wer aber der Meinung ist, diese gewaltige Aufgabe kostenneutral auf dem Rücken derer lösen zu können, die nicht erst seit gestern Mängel verwalten, der wird scheitern müssen. Es darf eben nicht so sein, wie man kürzlich aus dem Mund eines Vertreters des IQSH vernehmen durfte: „Wenn wir in Zeiten ohne Geld etwas Neues machen wollen, dann müssen wir zuerst irgend etwas Altes abschaffen“. Hier, genau an dieser Stelle, wird sich zeigen, wie erfolgreich unser Land in Zukunft sein wird.

Sicherheitshalber (man weiß ja nie!) sei hier noch einmal darauf hingewiesen, dass, wie schon im Titel angedeutet, die hier niedergelegten Gedanken natürlich ausschließlich und nichts anderes als reine Polemik darstellen, aber ich glaube, es gibt doch vielleicht den einen Schulleiter oder die andere Schulleiterin, denen meine „Denke“ nicht völlig fremdartig oder überzogen erscheint.